

**Soziale Handlungsfelder  
in der Stadt Basel:  
Bedarfsanalyse der  
Christoph Merian Stiftung**





# **Soziale Handlungsfelder in der Stadt Basel: Bedarfsanalyse der Christoph Merian Stiftung**

Fleur Jaccard  
Tobias Bischoff  
Susanne Hoerni

Februar 2017

# Inhalt

Vorwort – Dr. Beat von Wartburg	5
Einleitung – Fleur Jaccard	6
<b>1 Materielle Versorgung</b>	<b>12</b>
1.1 Ausgangslage	12
1.2 Handlungsbedarf	14
<b>2 Arbeit</b>	<b>16</b>
2.1 Ausgangslage	16
2.2 Handlungsbedarf	19
<b>3 Bildung</b>	<b>21</b>
3.1 Ausgangslage	21
3.2 Handlungsbedarf	23
<b>4 Gesundheit</b>	<b>24</b>
4.1 Ausgangslage	24
4.2 Handlungsbedarf	27
<b>5 Wohnen und Wohnumfeld</b>	<b>29</b>
5.1 Ausgangslage im Bereich Wohnen	29
5.2 Handlungsbedarf im Bereich Wohnen	32
5.3 Ausgangslage im Bereich Wohnumfeld	33
5.4 Handlungsbedarf im Bereich Wohnumfeld	35

<b>6</b>	<b>Soziale Beziehungen</b>	<b>36</b>
6.1	Ausgangslage im Bereich soziale Teilhabe und Integration	36
6.2	Handlungsbedarf im Bereich soziale Teilhabe und Integration	37
6.3	Ausgangslage im Bereich Familien	41
6.4	Handlungsbedarf im Bereich Familien	43
<b>7</b>	<b>Themenübergreifender Handlungsbedarf</b>	<b>45</b>
7.1	Lebenspraktische Beratung	46
7.2	Nutzung der Angebote und Erreichen der Zielgruppen	48
7.3	Koordination und Zusammenarbeit	49
7.4	Besonderer Handlungsbedarf in Kleinbasler Quartieren	49
<b>8</b>	<b>Schlussfolgerungen</b>	<b>54</b>
<b>9</b>	<b>Förderschwerpunkte Soziales 2017–2020</b>	<b>55</b>
	Endnoten	59
	Statistiken, Studien, Literatur	63



## Vorwort

Eine Stiftung ist ausschliesslich ihrem Zweck verpflichtet, wobei die wirksame, effiziente und qualitativ hochstehende Umsetzung von Stifterwille und Stiftungszweck oberste Priorität hat. Als lernende Organisation will und muss die Christoph Merian Stiftung (CMS) strategisch denken und handeln, Selbstreflexion betreiben und Forschung und Analysen initiieren. Genau dies hat sie in den vergangenen zwei Jahren getan: Nach einer umfangreichen Standortbestimmung erarbeitete sie ein neues Leitbild und eine neue Strategie.

Christoph Merian hat in seinem Testament den Zweck der CMS klar benannt: Die Stiftung solle das Wohl der Menschen fördern und die Not und das Unglück lindern. Natürlich stellen sich da sofort und wiederkehrend grundsätzliche Fragen: Wo sind Not und Unglück am grössten, wo besteht der dringendste Handlungsbedarf? Wo gibt es Lücken im sozialen Netz? Welches werden die gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft sein? Wo braucht es die Stiftung künftig? Und welche Rolle soll sie im Verhältnis zur Stadt und zum Staat einnehmen?

Um diese Fragen beantworten zu können, hat die CMS eine systematische, d.h. statistische Analyse sowie eine Umfrage bei unseren sozialen Partnern und bei den kantonalen Behörden durchgeführt.

Die vorliegende Publikation fasst deren Ergebnisse zusammen. Ein Ergebnis sei vorweggenommen: Die CMS wird sich weiterhin ideell, materiell und anwaltschaftlich für den sozialen Zusammenhalt und für verletzte Menschen einsetzen.

Im Februar 2017

Dr. Beat von Wartburg  
Direktor der Christoph Merian Stiftung

## Einleitung

Die aktuelle Förderung der Christoph Merian Stiftung im Bereich Soziales zeigt eine enorme Vielfalt an Themen, teils unklare Rollen der CMS und eine hohe Allokation der Ressourcen im Rahmen von langfristigen Engagements, welche ein zeitnahe und vorausschauendes Handeln erschweren.

Vor diesem Hintergrund hat die Abteilung Soziales ihre aktuelle Förderstrategie überprüft und eine Bedarfsanalyse vorgenommen. Entlang des Stiftungszwecks der «Linderung der Noth und des Unglückes» und der «Förderung des Wohles der Menschen» haben wir Themenfelder definiert, welche für die Lebensqualität und Zufriedenheit der Menschen unabdingbar sind und deren Missachtung ein Armutsrisiko mit sich bringt. Der Bezugsrahmen ist der Menschenrechtsansatz. Dabei gilt es, das gesundheitliche Wohlbefinden, die finanziellen Ressourcen, die Bildungsnähe, die berufliche und soziale Integration, die aufenthaltsrechtliche Integration und die Wohnsituation zu berücksichtigen (siehe Abb. 1).

Im Verlauf des Lebens gibt es kritische Lebensphasen, welche besondere Unterstützungsangebote in Krisensituationen erfordern. Die Zeit von der Schwangerschaft über die Geburt bis zur Vorschule ist für Mütter und Kinder prägend und braucht ein gutes Netz an Versorgung und Unterstützung, damit allfällige Schwierigkeiten frühzeitig erkannt und angegangen werden können. Oft werden beispielsweise soziale und motorische Beeinträchtigungen von Kleinkindern erst beim Eintritt in den Kindergarten festgestellt. Auch die Übergänge Schule-Berufsbildung-Erwerbstätigkeit stellen kritische Phasen dar. Eine Familiengründung, der Übergang von der Erwerbsarbeit zur Pensionierung bzw. zum aktiven Alter und schliesslich zum vierten Alter, in dem betreutes Wohnen wichtig wird, sind weitere Phasen im Leben, die besonders begleitet und unterstützt werden müssen. Flucht, Krankheit, Scheidung oder andere Schicksalsschläge können einen Menschen zu jedem Zeitpunkt treffen und seine Lebensqualität stark beeinträchtigen (siehe Abb. 2).

Die Bedarfsanalyse bestand aus verschiedenen Elementen. Um festzustellen, wo die Not in der Stadt Basel am grössten ist, wurden in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt 76 Indikatoren aus den sechs Themenfeldern Materielle Versorgung, Arbeit, Bildung,





Abb. 1: Faktoren, welche Lebensqualität und Zufriedenheit beeinflussen.

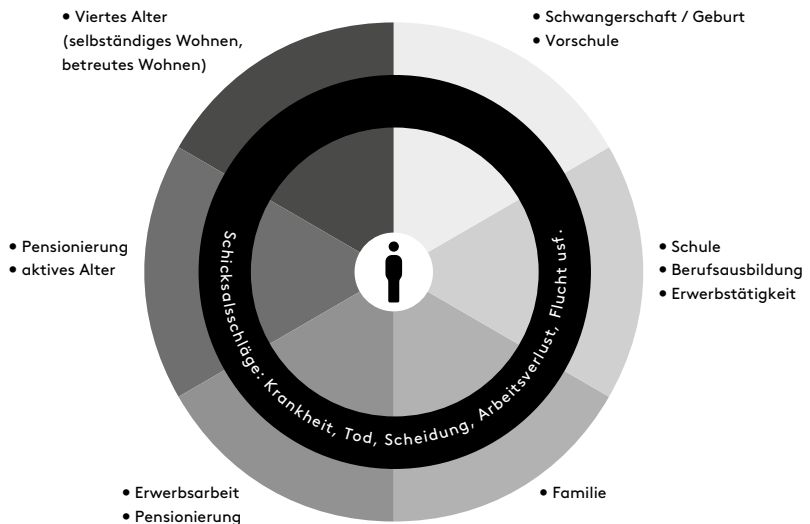


Abb. 2: Kritische Lebensphasen.

Gesundheit, Wohnen, Wohnumfeld und Soziale Beziehungen ausgewählt (siehe Abb. 3) und mit der räumlichen Verteilung sozialer Probleme in Bezug gesetzt. Die subjektive Einschätzung der Bevölkerung fand Eingang mittels bestehender Befragungen (Bevölkerungs- und Familienbefragung, Jugendbefragung, Befragung 55+).

Weiter wurden 13 relevante Verwaltungsstellen des Kantons Basel-Stadt und 24 Trägerschaften mittels schriftlichem Fragebogen und telefonischen Interviews zu Problemfeldern, Risikogruppen, Zuständigkeiten und Themen mit Handlungsbedarf befragt. Auch die Empfehlungen aus bereits bestehenden, im Auftrag der CMS durchgeführten Studien fanden Eingang in die Analyse.<sup>1</sup>

Bei den statistischen Analysen wurde auch berücksichtigt, bei welchen Themen oder Personengruppen die Datenlage ungesichert ist, d.h. worüber keine Statistiken geführt werden. Ohne gesicherte Daten können Probleme nicht quantifiziert werden und laufen Gefahr, «inexistent» zu sein. Veränderungen sind nicht feststellbar, und schliesslich fehlen ohne Daten die Grundlagen für politische Massnahmen. Für Betroffene von häuslicher Gewalt, insbesondere Kinder, Personen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, Obdachlose sowie Arbeitslose, die keine Sozialleistungen beziehen, kann nur auf Schätzungen zurückgegriffen werden; gesicherte Daten fehlen für diese Personengruppen.

Die Antworten aus den Befragungen ergaben zusammen mit den Empfehlungen aus der Fachliteratur und statistischen Daten Hinweise auf «Lücken», d.h. auf Bereiche, in denen neben dem staatlichen Engagement die Förderung durch Stiftungen und Private gefragt ist. Viele Akteure in den untersuchten Themenfeldern sind nichtstaatliche Fachstellen, welche neben Staatsbeiträgen in unterschiedlichem Mass auf zusätzliche Gelder angewiesen sind.

Der vorliegende Ergebnisbericht versteht sich als eine Auslegeordnung, die den Handlungsbedarf im «sozialen Basel» aufzeigt. Dies geschieht entlang der Themenfelder Materielle Versorgung, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen und Wohnumfeld sowie Soziale Beziehungen (1–6), ergänzt durch ein Kapitel zum themenübergreifenden Handlungsbedarf (7). Nach einem kurzen Fazit (8) ziehen wir aus der Sicht der CMS Schlussfolgerungen für den Handlungsbedarf (9). Auf dieser Grundlage werden schliesslich die drei neuen Schwerpunkte der Förderabteilung Soziales für die Jahre

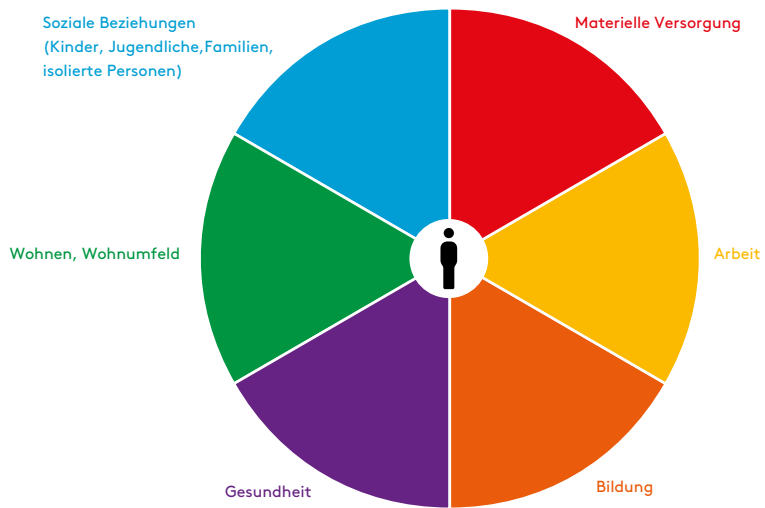


Abb. 3: Definition der sechs untersuchten Themenfelder.

2017–2020 definiert, namentlich *Prävention und Bekämpfung von Armut, Kinderfreundliche Lebensräume und Sozialer Zusammenhalt*.

Die CMS wird in den kommenden Monaten eine Priorisierung vornehmen und in jedem Themenbereich vertieft prüfen, welche bestehenden Angebote sie weiterhin fördern möchte, welche Angebote mit ihrer Unterstützung optimiert werden sollten und wo Bedarf nach neuen Massnahmen besteht. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit privaten und staatlichen Fachstellen. Umfang und Dauer der jeweiligen Förderung werden in jedem Fall separat geprüft. Mit dieser umfangreichen Auslegeordnung ist also kein Anspruch verbunden, in jedem der erwähnten Bereiche in den kommenden vier Jahren tätig zu werden!

Wir danken an dieser Stelle dem Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, den Fachstellen der Verwaltung und den Trägerschaften für ihre wertvollen Einschätzungen. Für die kritische Reflexion zur Prävention und Bekämpfung von Armut sind wir Prof. Dr. Jörg Dittmann und Prof. Dr. Carlo Knöpfel und im Frühbereich Dr. med. Cornelia Conzelmann mit Dank verbunden.

Fleur Jaccard  
Leiterin Soziales



# 1 Materielle Versorgung

## 1.1 Ausgangslage

Die materielle Versorgung stellt eine zentrale Dimension der Lebensqualität dar.<sup>2</sup> Ausreichende finanzielle Mittel sind eine wichtige Voraussetzung zur Deckung der Grundbedürfnisse eines Haushaltes. Sie erweitern die Handlungsoptionen und schützen zugleich vor ökonomischen Risiken.<sup>3</sup>

Auch wenn die Grundbedürfnisse einer grossen Mehrheit der Basler Bevölkerung gedeckt sind, gibt es Personen, welche mit äusserst knappen Mitteln zurechtkommen müssen (vgl. A). Zudem sind bei obdachlosen und sozial benachteiligten Personen die Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Obdach nicht ohne Weiteres gedeckt. Eine besondere Problemsituation besteht schliesslich bei Sans-Papiers, welche keinen Zugang zu staatlichen Sozialleistungen haben.

Die materielle Existenzsicherung ist im Allgemeinen durch die Sozialversicherungen und die Sozialhilfe abgedeckt.<sup>6</sup> Daneben wirken verschiedene Anlaufstellen unterstützend und beratend im Umgang mit Geld, Schulden oder Behörden. Da Sans-Papiers weitgehend keinen Zugang zum staatlichen System der materiellen Mindestsicherung haben, besteht für sie eine spezialisierte Anlaufstelle, welche bei Bedarf auch finanzielle Unterstützung leistet. Niederschwellige Unterstützung zu Fragen der materiellen Versorgung – mit weiterführender Triage – wird auch in den Treffpunkten für obdachlose und armutsbetroffene Personen, in Quartier-treffpunkten und in der offenen Jugendarbeit geleistet (vgl. Kapitel 7).<sup>7</sup>

Zur Minderung existenzieller Notlagen von obdachlosen und sozial isolierten Personen bestehen in Basel mehrere Institutionen mit günstigen oder kostenlosen Verpflegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie aufsuchender Gassenarbeit. Weiter gibt es staatliche und nichtstaatliche Notwohnangebote für Männer, Frauen und Familien.

### **A: Kennzahlen zur materiellen Versorgung**

In der Familienbefragung gaben 31% der Befragten an, dass sich ihre finanzielle Lage in den vergangenen fünf Jahren verschlechtert hat, und 32% der befragten Familien hielten fest, dass sie in den letzten zwölf Monaten in finanzielle Engpässe gekommen sind. 2,7% der Familien verfügten über zu wenig Geld für Lebensmittel (siehe Abb. 4).<sup>4</sup> Im Bereich der Sozialhilfe ist die Bezugsquote bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Ausländer/innen überdurchschnittlich hoch. Die höchsten Sozialhilfequoten weisen die Quartiere Kleinhüningen, Klybeck, Matthäus und Rosental auf (siehe Abb. 5). Bei näherer Betrachtung der Fallstruktur der Sozialhilfefälle zeigt sich, dass es sich in der Mehrheit der Fälle um Einzelpersonen handelt.<sup>5</sup>

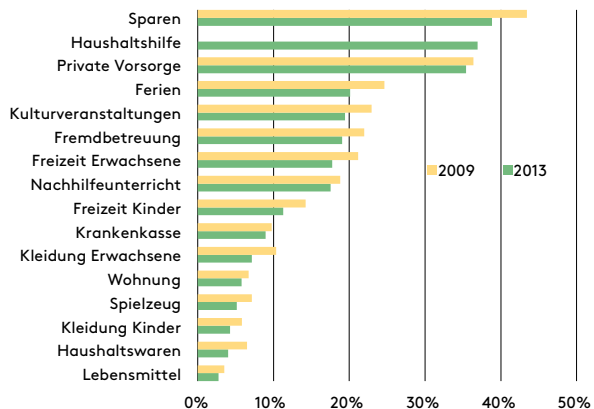


Abb. 4: «Wie schätzen Sie die finanzielle Situation Ihres Haushalts ein?» Dargestellte Kategorie: «Das Geld reicht nicht». Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 34.

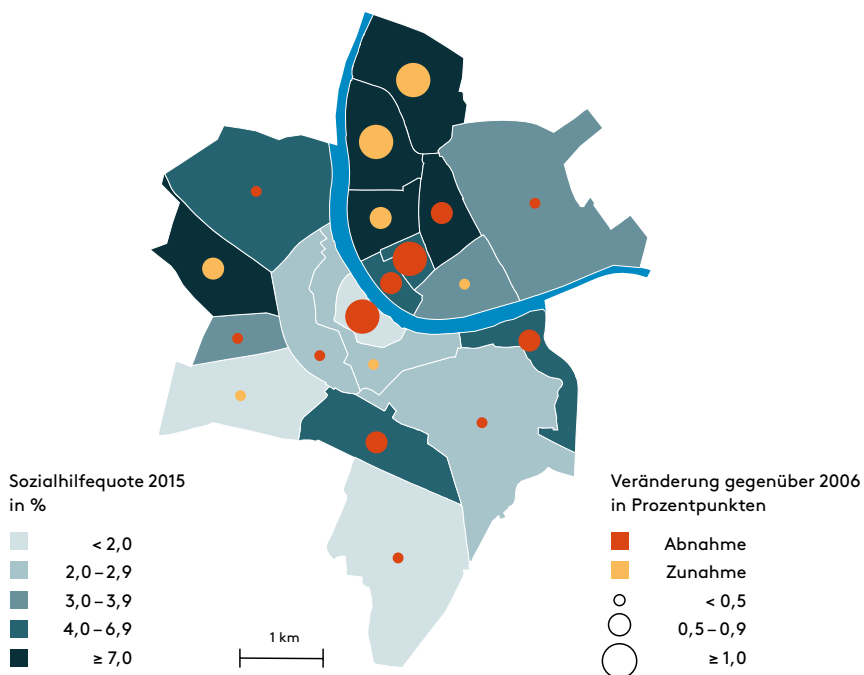


Abb. 5: Anteil Personen mit Sozialhilfebezug nach Wohnviertel. Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 31.

## 1.2 Handlungsbedarf

### **Sicherung der Grundbedürfnisse von obdachlosen und sozial isolierten Personen**

Tages-Aufenthaltsorte für obdachlose Personen decken die Grundbedürfnisse nach warmen Mahlzeiten, sozialem Austausch und Hygiene ab. Die Aufenthaltsorte für Obdachlose werden täglich von einigen Hundert Personen aufgesucht – vermehrt auch von Menschen, die nicht offensichtlich als «Armutsbetroffene» auf der Strasse in Erscheinung treten, aber dennoch von Armut und sozialer Isolation betroffen sind. Es handelt sich insgesamt um eine heterogene Gruppe; dazu zählen zunehmend ältere Menschen, Migrant/innen oder Menschen aus dem Asylbereich. Auffallend ist auch, dass viele der Besucher/innen unter mehrfachen Problemen wie psychischen Krankheiten und Suchtproblemen leiden.

#### → **Empfehlung**

*Die bestehenden Angebote für obdachlose und sozial isolierte Personen sind fortzuführen. Eine regelmässige Überprüfung ist sicherzustellen, damit rasch auf einen allfälligen Anstieg der Nutzerzahlen oder andere Veränderungen reagiert werden kann.*

### **Optimierung von Notwohnangeboten und sanitären Anlagen für Obdachlose**

Beim Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter sind über 400 Personen ohne festen Wohnsitz gemeldet.<sup>8</sup> Die in den letzten Jahren beobachtete Zunahme von Personen ohne Wohnsitz wird unter anderem auf die verschärfte Situation auf dem Wohnungsmarkt zurückgeführt.

Es sind genügend Notwohnangebote für Familien, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, vorhanden, jedoch wird zusätzlicher Bedarf an mittelfristigen Notwohnangeboten für Einzelpersonen genannt. Die kantonale Notschlafstelle weist neben baulichen Mängeln zu wenig Platz für Frauen auf, Notwohnangebote für Frauen sind generell rar. Ebenfalls wird ein Mangel an sanitären Anlagen im öffentlichen Raum festgestellt, was zu Konflikten an neuralgischen Plätzen führt.



### → **Empfehlungen**

*Zusätzliche Notwohnangebote für benachteiligte Einzelpersonen, insbesondere Frauen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, sind bereitzustellen. Die Einrichtung sanitärer Anlagen im öffentlichen Raum ist zu prüfen, um Konflikten an Plätzen mit unterschiedlichen Nutzergruppen entgegenzuwirken.*

### **Verbesserung der Zugänglichkeit von Sozialleistungen**

Vielfach wurde das Problem angesprochen, dass Personen auf finanzielle Unterstützungsleistungen verzichten, obwohl sie Anspruch darauf hätten. Als Gründe dafür werden Scham, fehlendes Vertrauen in den Sozialstaat, gesundheitliche Gründe sowie fehlendes Wissen über die bestehenden Möglichkeiten genannt. Gemäss Schätzungen bezieht zwischen einem Viertel und der Hälfte der Armutsbevölkerung keine öffentlichen Unterstützungsleistungen.<sup>9</sup>

### → **Empfehlung**

*Förderung niederschwelliger Beratung für Hilfestellungen im Umgang mit Behörden und in der Lebensbewältigung. Zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten ist von einer Neugründung von Projekten abzusehen. Neue Angebote sind an bestehende Kontaktstellen anzubinden und mit aufsuchender Sozialarbeit im unmittelbaren Lebensumfeld der Benachteiligten wie beispielsweise im Wohnumfeld umzusetzen.<sup>10</sup> (siehe auch Kapitel 7)*

### **Überbrückung der Notlagen von Sans-Papiers**

Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung können sich aufgrund ihrer oft dauerhaft prekären finanziellen Situation schlecht gegen Notsituationen absichern, wie etwa die Übernahme plötzlich anfallender Kosten im Krankheitsfall oder die finanzielle Beteiligung an einem Klassenlager. Für viele ist in Notlagen die Inanspruchnahme von Hilfe, welche durch staatliche Stellen ausgerichtet wird, mit der für sie nicht hinnehmbaren Gefahr der Ausschaffung verbunden.

### → **Empfehlung**

*Finanzielle Einzelhilfen für Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus, welche sich in einer existentiellen Notlage befinden, sind zu ermöglichen. Die Vergabung ist nach einheitlichen Kriterien über eine Anlaufstelle sicherzustellen.*

### **Prävention und Beratung zu Budget- und Schuldenfragen**

Rund 8% der Schweizer Bevölkerung leben in Haushalten mit kritischen Kontoüberzügen oder Zahlungsrückständen, und rund 3% der Bevölkerung befinden sich finanziell in besonders gefährdeten Situationen mit erheblichem Verschuldungsrisiko.<sup>11</sup> Trotz des grundsätzlich guten Angebots an Budget- und Schuldenberatung besteht in unseren Augen Ausbaubedarf für weitere Zielgruppen wie Jugendliche, Fremdsprachige und ältere Menschen. Auch sind vermehrt Hilfestellungen notwendig betreffend Steuererklärung und Steuererlassgesuchen sowie bei Angeboten zur freiwilligen Finanzverwaltung.

### → **Empfehlungen**

*Niederschwellige Beratung und Präventionsmassnahmen zu Budget- und Schuldenfragen sind fortzuführen. Die Ausarbeitung zielgruppenspezifischer Angebote für Jugendliche, Fremdsprachige und ältere Menschen ist zu prüfen.*

## **2 Arbeit**

### **2.1 Ausgangslage**

Die Erwerbssituation spielt eine zentrale Rolle für die ökonomischen Chancen und Belastungen einer Person, da der Erwerb massgeblich über die Verteilung von Wohlstandschancen entscheidet. Auch die soziale Absicherung hängt zu einem grossen Teil am Erwerbseinkommen.<sup>12</sup> Die Erwerbsmöglichkeiten werden dabei wesentlich von der Entwicklung des Arbeitsmarktes und dem bestehenden Arbeitsplatzangebot bestimmt.<sup>13</sup>

Der Basler Arbeitsmarkt erlebt derzeit einen Strukturwandel, in welchem der industrielle Sektor weiter an Bedeutung verliert. Entsprechend nehmen die Erwerbsmöglichkeiten in diesem Bereich ab. Insbesondere für tief

qualifizierte Personen gestaltet sich die Stellensuche entsprechend schwierig. Auch Alleinerziehende, ältere Mitarbeitende, Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und Menschen aus dem Asylbereich haben es häufig schwer auf dem Arbeitsmarkt (vgl. B).<sup>14</sup>

Eine weitere Problematik stellen prekäre Arbeitsverhältnisse dar. Diese zeichnen sich unter anderem durch ein niedriges Lohnniveau, geringe Beschäftigungsstabilität und fehlende gesetzliche Schutzbestimmungen aus.<sup>15</sup> Eine Personengruppe, die besonders häufig in prekären Arbeitsverhältnissen tätig ist, sind Sans-Papiers, welche beispielsweise im Bau- und Gastgewerbe arbeiten.<sup>16</sup>

Arbeitslosenversicherung, IV und Sozialhilfe leisten mit einer Fülle von Massnahmen einen Beitrag an die Vermittlung und die Arbeitsintegration stellenloser Personen. Es gibt in Basel eine breite Palette von Anbietern von Coaching/Mentoring, Beratung, Bildung, Stellenvermittlung, Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammen sowie Sozialfirmen im zweiten Arbeitsmarkt, welche sich wiederum an unterschiedliche Zielgruppen wenden und meist in einem Leistungsauftrag einer staatlichen Stelle arbeiten.

Der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit kommt mit der interdepartementalen Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit hohe Priorität zu. Der Krisenfonds (AWA) stellt für verschiedene Institutionen und Projekte finanzielle Mittel zur Verfügung.

Für die Unterstützung bei der Stellensuche spielen auch Treffpunkte für armutsbetroffene Personen, Quartiertreffpunkte, Jugendtreffpunkte sowie weitere Anlauf- und Beratungsstellen eine wichtige Rolle.

#### **B: Kennzahlen zum Themenfeld Arbeit**

Die Arbeitslosenquote in Basel-Stadt bewegte sich in den letzten Jahren mehrheitlich zwischen 3% und 4%. Die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen nahm ab 2008 zunächst besonders stark zu, sank aber nach 2010 wieder bis auf gut 4% im Jahr 2015 (siehe Abb. 6). Generell sind die Arbeitslosenzahlen für Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft höher als diejenigen von Schweizer/innen. Die am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Quartiere sind Clara, Kleinhüningen, Klybeck, Matthäus und Rosental (siehe Abb. 7).<sup>17</sup> Der Anteil aller Erwerbstätigen in atypisch-prekären Arbeitsverhältnissen bewegte sich schweizweit zwischen 2004 und 2008 um die 3%, neuere Zahlen fehlen.<sup>18</sup>

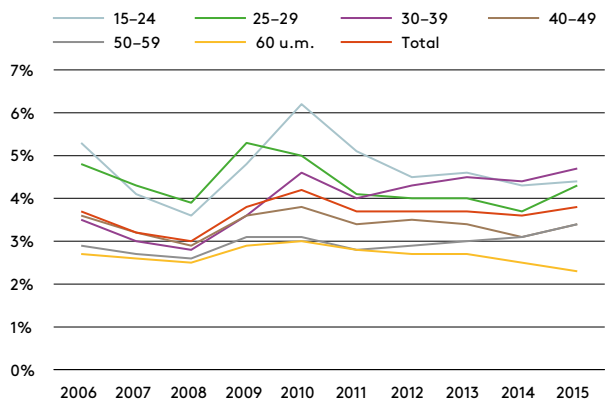


Abb. 6: Arbeitslosenquote nach Alter. Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 17.

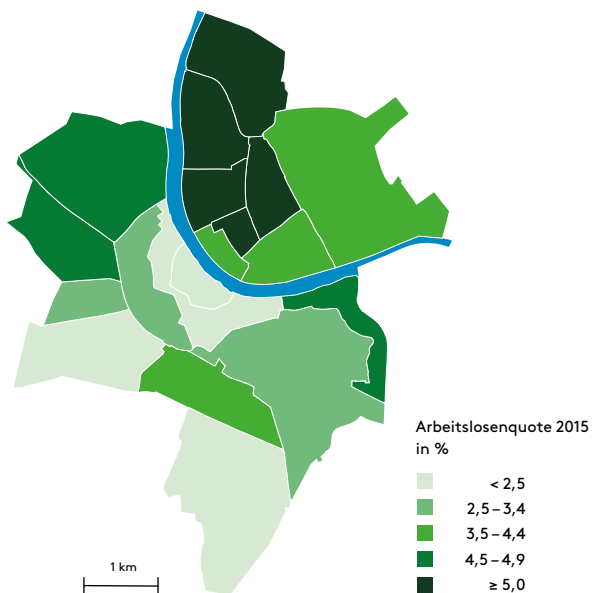


Abb. 7: Arbeitslosenquote nach Wohnviertel 2015. Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 17.

## 2.2 Handlungsbedarf

### **Förderung von Beratung und Selbsthilfegruppen für Erwerbslose**

In verschiedenen nichtstaatlichen Anlaufstellen werden Stellensuchende kostenlos beraten und unterstützt: bei der Arbeitssuche, in arbeitsrechtlichen Fragen, bei der Abklärung von (ergänzenden) Sozialleistungen und im Umgang mit Behörden. Zum Teil haben diese Fachstellen auch Treffpunkt-Charakter und/oder sie wirken unterstützend, wenn Ratsuchende gemeinsam mit anderen Betroffenen Aktivitäten zur sozialen Vernetzung umsetzen möchten.

#### → **Empfehlung**

*Die bestehenden nichtstaatlichen Anlaufstellen für Erwerbslose, welche Begegnung, Beratung und Selbsthilfe kombinieren, sind fortzuführen.<sup>19</sup>*

### **Verbesserung der Arbeitsintegration von Personen aus dem Asylbereich**

Für Menschen aus dem Asylbereich stellen, neben sonstigen Herausforderungen (Sprache, evtl. tiefes Bildungsniveau, fehlendes Netzwerk), oft rechtliche Voraussetzungen ein grosses Problem dar: hohe administrative Hürden bei der Zulassung zum Arbeitsmarkt, unsichere Perspektiven aufgrund des N- oder F-Status sowie die Nichtanerkennung ausländischer Diplome. Asylsuchende (Status N) erhalten keine Förderung bezüglich Bildung oder Arbeitsintegration; erst mit der Anerkennung (B) oder vorläufigen Aufnahme (F) kommt die Integrationspolitik zum Tragen.

#### → **Empfehlungen**

*Der Zugang von Asylsuchenden, Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen zum Arbeitsmarkt ist zu verbessern. Gezielte Vermittlung von Praktika und Arbeitsstellen, der Aufbau eines Netzwerks und der Erfahrungsaustausch potenzieller Arbeitgeber sind zu fördern.*

### **Förderung von Beschäftigung und Angeboten im zweiten Arbeitsmarkt**

Immer mehr ältere Menschen fallen aus dem Arbeitsmarkt heraus und verbleiben bis zur Pensionierung in der Sozialhilfe. Gerade für sie stellt sich die Frage nach Integrationsmöglichkeiten im zweiten Arbeitsmarkt.<sup>20</sup> Dasselbe gilt auch für sozial isolierte Menschen mit psychischen Krankheiten oder Suchtproble-

matik. Die Meinungen zur Wirkung und zum Bedarf an Beschäftigungsprogrammen und zum zweiten Arbeitsmarkt gehen teilweise auseinander.

→ **Empfehlung**

*Angebote im Bereich Beschäftigung und zweiter Arbeitsmarkt sind weiterhin über die staatlichen Regelstrukturen zu fördern. Ein Engagement vonseiten der CMS wird als nicht prioritär beurteilt.*

**Verbesserung prekärer Arbeitsbedingungen**

In den letzten Jahren haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Basel-Stadt deutlich zugenommen. Dies zeigt sich unter anderem an der steigenden Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse und am Wachstum verschiedener Branchen wie Coiffeur- und Kosmetiksalons und Wäschereien, welche einen überdurchschnittlichen Tieflohnanteil aufweisen. Das Prekarisierungsrisiko hat zugenommen. Damit gemeint sind schlechte Arbeitsbedingungen, welche befristete Einsätze, teils nur stundenweise oder auf Abruf, kennzeichnen und schlecht entlohnt werden. Die Arbeitssicherheit ist unzureichend gewährleistet und die Arbeitsbelastung hoch.<sup>21</sup> Zu den Personen, deren Arbeitsplatzsicherheit speziell gefährdet ist, zählen tief qualifizierte junge Erwachsene, tief qualifizierte ältere Personen, Menschen mit chronischen oder psychischen Krankheiten sowie Alleinerziehende.<sup>22</sup>

Eine Personengruppe, die sich besonders häufig in prekären Arbeitsverhältnissen befindet, ist diejenige der Sans-Papiers, welche etwa in der häuslichen Pflege, in der Prostitution oder auf dem Bau in unregelmässigen Beschäftigungs- und Abhängigkeitsverhältnissen ihren Lebensunterhalt verdienen.<sup>23</sup>

Sie sind in hohem Grad auf das Wohlwollen ihrer Arbeitgeber angewiesen. Besonders für Frauen, welche im Sexgewerbe tätig sind, ist dies riskant. Sie erstatten selten Anzeige bei gewalttätigen Übergriffen, da sie die Ausweisung aus der Schweiz befürchten.

→ **Empfehlungen**

*Die Sensibilisierung von Arbeitgebern für menschenwürdige Arbeitsbedingungen ist zu fördern. Tiefqualifizierte sind über betriebliche Weiterbildung bei der Nachqualifizierung zu unterstützen. Eine unabhängige Rechts- und Sozialberatung ist für Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus und/oder Beschäftigte im Tieflohnsegment sicherzustellen.*

## 3 Bildung

### 3.1 Ausgangslage

Das Bildungsniveau einer Person bestimmt massgeblich deren Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten und beeinflusst die Wahrscheinlichkeit, im Verlauf des Lebens mit prekären Situationen konfrontiert zu werden.<sup>24</sup> Weiter ermöglicht Bildung eine bessere Anpassung an sich wandelnde Rahmenbedingungen und wirkt sich damit auch auf die Handlungsfähigkeit einer Person aus.<sup>25</sup>

Obwohl eine grosse Mehrheit der Basler Bevölkerung zu gegebener Zeit erfolgreich eine Ausbildung abschliesst, stellt der Übergang von der obligatorischen Schule in eine weiterführende Ausbildung eine Herausforderung dar (vgl. C). Zudem gibt es auch Personengruppen, für welche sich der Zugang zum Bildungssystem schwierig gestaltet – so ist etwa für Zugewanderte auch das Erlernen der deutschen Sprache eine Herausforderung.

Der Kanton sorgt im Bereich der Volksschulen dafür, dass alle Kinder die bestmöglichen Voraussetzungen zum Lernen erhalten. Zudem leitet und koordiniert er die Berufsbildung sowie das Mittel- und Hochschulwesen.<sup>27</sup> Um den Übergang in die Berufsbildung und in den Beruf abzusichern, besteht ein umfassendes Case-Management-Angebot sowie Brückenangebote, Motivationssemester und diverse Angebote zur Unterstützung bei der Stellensuche. Anbieter sind sowohl kantonale Stellen als auch private Vereine und Stiftungen mit kantonalem Leistungsauftrag.<sup>28</sup>

Im Rahmen eines Pilotprojekts wird Erwachsenen ohne Berufsbildung, die Sozialhilfe beziehen, eine Erstausbildung ermöglicht. Ausserdem besteht ein grosses Angebot an subventionierten Deutschkursen.

#### **C: Kennzahlen zum Themenfeld Bildung**

Gemäss der Bevölkerungsbefragung hat gut ein Drittel der Befragten eine Berufslehre abgeschlossen, etwa 40% absolvierten ein Studium an einer Fachhochschule oder Universität. Bei den Anschlusslösungen an die obligatorische Schule zeigt sich, dass deutschsprachige Personen zu mehr als 60% ein Gymnasium oder eine andere weiterführende Schule besuchen. Bei fremdsprachigen Personen liegt dieser Anteil bei weniger als 30%, hingegen besucht ein deutlich höherer Anteil fremdsprachiger Personen ein Brückenangebot (siehe Abb. 8). Die Lehrabbruchquote bewegte sich in Basel-Stadt in den letzten zehn Jahren um die 10% (siehe Abb. 9).<sup>26</sup>

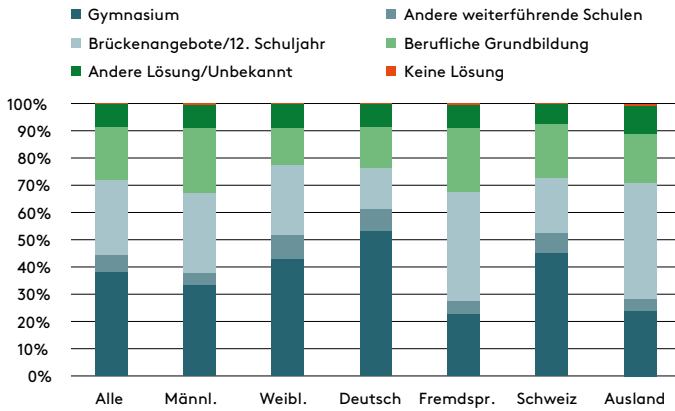


Abb. 8: Anschlusslösung an die obligatorische Schule. Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 22.

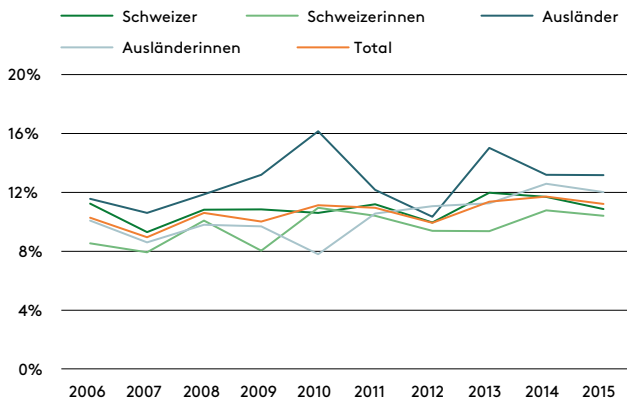


Abb. 9: Lehrabbruchquote nach Herkunft und Geschlecht. Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 21.



## 3.2 Handlungsbedarf

### **Begleitung des Übergangs Schule-Ausbildung-Beruf**

Bei vielen Jugendlichen erweisen sich die Übergänge Schule-Ausbildung-Beruf als kritische Phasen, in denen sie den Anschluss verpassen können. Rund jede zehnte Lehre wird in Basel abgebrochen.<sup>29</sup>

#### → **Empfehlungen**

*Fortführung der bestehenden Programme zur Begleitung von Jugendlichen im Übergang von der Schule in die Berufsbildung und Überführung in die regulären Strukturen. Wirkungserfassung und bei Bedarf Einleitung von Optimierungsmassnahmen. Da sich der Kanton bereits in diesem Bereich stark engagiert, wird der Handlungsbedarf für Stiftungen als nicht prioritär eingestuft.*

### **Erleichterung der Berufsbildung für jugendliche Sans-Papiers**

Für die in Basel lebenden jugendlichen Sans-Papiers sind postobligatorische Ausbildungen nur begrenzt möglich, da die in der entsprechenden Verordnung<sup>30</sup> definierten Voraussetzungen in gewissen Fällen für die Betroffenen sehr hohe Hürden darstellen. Beispielsweise müssen sie mindestens fünf Jahre der obligatorischen Schulzeit in der Schweiz absolviert haben und die Lehrstelle muss innerhalb eines Jahres nach Schulabschluss gefunden werden. Dazu kommt, dass Lehrbetriebe oft zu wenig über den Umgang mit der Sans-Papiers-Thematik wissen.

#### → **Empfehlungen**

*Schaffung eines erleichterten Zugangs zur Berufsbildung für Sans-Papiers, welche die obligatorische Schule in der Schweiz absolviert haben. Hilfestellungen sind für die Lehrbetriebe bereitzustellen, um die Berufsbildung für Sans-Papiers zu erleichtern.*

### **Zugang zu Stipendien für bisher ausgeschlossene Personen**

Ausgeschlossen von Stipendien sind Personen aus Drittstaaten mit Aufenthaltsbewilligung B, die noch nicht fünf Jahre in der Schweiz wohnen, Personen mit Vorläufiger Aufnahme (F) und Asylsuchende (N).<sup>31</sup> Letztere sind grösstenteils auch vom Bildungssystem ausgeschlossen.

### → **Empfehlungen**

*Die stipendienrechtlichen Bestimmungen sind zu erweitern, damit vorläufig Aufgenommene (F) und Asylsuchende (N) einen Zugang zu Stipendien erhalten und damit ausreichend Bildungschancen haben. Bis eine gesetzliche Verankerung erfolgt, ist die Einrichtung eines Fonds zu prüfen, der Einzelhilfen nach klar definierten Kriterien ermöglicht.*

### **Förderung von Deutschkursen für Asylsuchende**

Im Kanton Basel-Stadt leben aktuell rund 300 Asylsuchende.<sup>32</sup> Bis zum Alter von 22 Jahren sind sie zu den Schulen für Brückenangebote und zu den Integrationsklassen zugelassen, als Vorstufe zur regulären Berufsbildung. Für jene, die sich über dieser Altersgrenze befinden, sind die Möglichkeiten für Bildung und berufliche Integration deutlich begrenzt.

Asylsuchende erhalten keine staatliche Unterstützung für den Besuch von Deutschkursen, ihnen sind in Basel einzig die internen Deutschkurse der Sozialhilfe auf Basisniveau zugänglich. Es gibt Stiftungen, die auf Gesuch hin individuelle Kursgelder übernehmen, sowie von privater Seite geförderte kostenlose Deutschkursangebote.

### → **Empfehlung**

*Bis die staatliche Integrationsförderung greift, sind Deutschkurse und weitere Bildungsmassnahmen für Menschen im Aslyverfahren im Sinne einer Überbrückung zu fördern.*

## **4 Gesundheit**

### **4.1 Ausgangslage**

Gesundheit stellt eine zentrale Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben dar; ein beeinträchtigter Gesundheitszustand schränkt den Handlungsspielraum einer Person ein.<sup>33</sup> Auch kann eine Verletzung der physischen und psychischen Integrität die Gesundheit nachhaltig schädigen.<sup>34</sup>

Der grossen Mehrheit der Basler Bevölkerung geht es gesundheitlich gut. Unter den älteren Menschen sind Einschränkungen aufgrund des Gesundheitszustandes allerdings relativ verbreitet (vgl. D). Zudem finden auch im Gesundheitsbereich nicht alle Personen in gleichem Masse den

Zugang zu den Regelstrukturen. Besondere Herausforderungen bestehen weiter im Bereich von Traumata bei Flüchtlingen und bei psychischen Erkrankungen in Familien. Schliesslich stellt häusliche Gewalt eine besondere Gefährdung der physischen und psychischen Integrität dar.

Die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung liegt in der Zuständigkeit von Bund und Kanton. Der Bund ist unter anderem für die obligatorische Krankenversicherung und die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten zuständig. Mittels nationaler Strategien werden aktuell die Themen Demenz, Palliative Care, Krebs und elektronische Gesundheitsdienste angegangen.<sup>37</sup> Der Kanton ist für die Spitalversorgung und die Langzeitpflege verantwortlich.<sup>38</sup> Mit den Leitlinien «Basel 55+» berücksichtigt der Kanton die Anliegen der älteren Bevölkerungsgruppe in der Planung künftiger staatlicher Massnahmen.<sup>39</sup> Die Abteilung Sucht ist im Rahmen der kantonalen Suchthilfe zuständig für die Koordination der Vier-Säulen-Suchtpolitik. Im Bereich der Gesundheitsprävention werden vom Kanton unter anderem die Schwerpunkte Ernährung und Bewegung, Suchtprävention und psychische Gesundheit verfolgt.

Verschiedene private Institutionen leisten wichtige Beiträge im Gesundheitsbereich. So tragen etwa die Institutionen für Obdachlose zur Stabilisierung ihrer Klientel bei psychischen Krankheiten und Suchtproblemen bei, und eine private Fachstelle sichert die Gesundheitsversorgung für Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus.

Zum Thema häusliche Gewalt wird Beratung für gewaltausübende sowie gewaltbetroffene erwachsene Personen und Jugendliche angeboten. Das Frauenhaus beider Basel steht Frauen und ihren Kindern zur Verfügung, die häusliche Gewalt erfahren. Die Opferhilfe beider Basel berät und begleitet gewaltbetroffene Jugendliche und Erwachsene, ihre Angehörigen und Bezugspersonen. Die kantonale Fachstelle Häusliche Gewalt koordiniert die Massnahmen und Aktivitäten in diesem Bereich, allerdings gibt es keine spezifische gesetzliche Grundlage für den Bereich der häuslichen Gewalt.

#### **D: Kennzahlen zum Themenfeld Gesundheit**

In der Bevölkerungsbefragung geben 39% der Befragten an, dass es ihnen gesundheitlich sehr gut geht, 47% geht es eher gut. Im Vergleich mit den Jüngeren fühlen sich die über 69-Jährigen häufiger nicht so gut (siehe Abb. 10). In dieser Altersgruppe befindet sich mit über 20% auch der grösste Anteil an Personen, welche angeben, dass sie im Alltag aufgrund von Krankheiten, Gebrechen oder psychischen Problemen eingeschränkt sind (siehe Abb. 11).<sup>39</sup> Rund 20% der Befragten geben an, von mittleren bis starken psychischen Belastungen betroffen zu sein.<sup>36</sup>

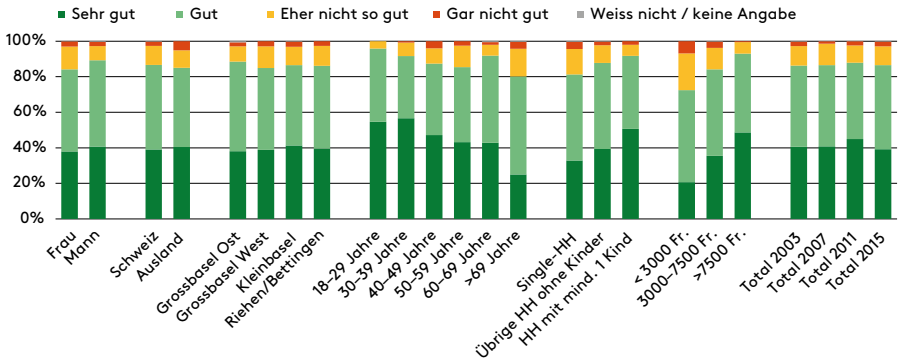


Abb. 10: «Darf ich fragen, wie es Ihnen zurzeit gesundheitlich geht?» Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 24.

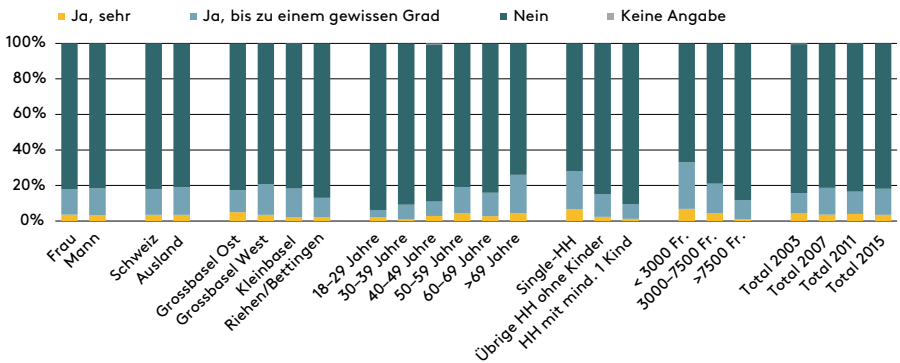


Abb. 11: «Sind Sie in Ihren täglichen Aktivitäten in irgendeiner Weise behindert durch eine Krankheit, Invalidität, Gebrechen oder psychische Probleme?» Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 25.

## 4.2 Handlungsbedarf

### **Sicherung der Gesundheitsversorgung sozial benachteiligter Personen inklusive Sans-Papiers**

Für sozial isolierte Personen am Rande der Gesellschaft stellt ein Arztbesuch unter Umständen eine Überforderung dar. Diesbezüglich besonders gefährdet sind obdachlose Personen<sup>40</sup> sowie Menschen mit psychischen Krankheiten und/oder Suchtproblemen. Ausserdem haben die geschätzt rund 4000<sup>41</sup> in Basel lebenden Sans-Papiers zum Teil nur beschränkt Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung, da sich nicht alle eine Krankenversicherung leisten können.

#### → **Empfehlungen**

*Die Gesundheitsversorgung für Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus ist sicherzustellen. Der gesetzlich geregelte Anspruch auf Abschluss einer Krankenversicherung und auf Prämienverbilligung sollte wenn immer möglich geltend gemacht werden. Auch ist für diese Zielgruppe ein Zugang zu bestehenden medizinischen Angeboten zu gewährleisten. Angesichts des sehr begrenzten Handlungsspielraums in diesem Bereich sind Stiftungen und weitere nichtstaatliche Akteure gefragt.<sup>42</sup> Die Einrichtung kostenloser medizinischer Sprechstunden in Treffpunkten und Anlaufstellen für sozial benachteiligte Menschen ist zu prüfen.<sup>43</sup>*

### **Verbesserung der Zielgruppenerreichung im Bereich der Gesundheitsprävention**

Zum Teil besteht das Problem, dass gewisse Personengruppen die bestehenden Angebote im Gesundheitsbereich nicht ausreichend nutzen. Insbesondere Personen mit tiefem sozioökonomischem Status werden weniger gut erreicht (vgl. Kapitel 7).

#### → **Empfehlung**

*Der Zugang von Armutsbetroffenen zur Gesundheitsprävention ist mit aufsuchender Arbeit im unmittelbaren Lebensumfeld der Betroffenen in Treffpunkten, Arztpraxen oder anderen Orten zu verbessern.<sup>44</sup>*

## **Förderung bezahlbarer Haushaltshilfen für ältere Menschen und Entlastungsmassnahmen für die Angehörigenpflege**

7,5% der älteren Menschen können nur mit Mühe für die nötigsten Ausgaben aufkommen.<sup>45</sup> Für viele ältere Menschen ist insbesondere die Bezahlung von Haushaltshilfen eine Herausforderung, da diese nicht kassenpflichtig sind.

Als zentrales Handlungsfeld im Bereich der Gesundheit älterer Menschen erweisen sich Demenzerkrankungen. In der Schweiz leben schätzungsweise 116'000 demenzkranke Menschen, jährlich kommen rund 25'000 Neuerkrankungen hinzu. Da mehr als die Hälfte der an Demenz erkrankten Menschen zu Hause von Angehörigen betreut und gepflegt wird, stellen dementielle Erkrankungen eine hohe Belastung für das familiäre Umfeld dar.<sup>46</sup>

### **→ Empfehlung**

*Kostengünstige Haushaltshilfen für ältere Menschen und Entlastungsangebote für die Angehörigenpflege im Bereich Demenz sind zu prüfen.*

## **Förderung von Massnahmen für Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, und für Kinder von psychisch erkrankten Eltern**

Im Kanton Basel-Stadt werden jährlich zwischen 700 und 800 Straftaten im Bereich der häuslichen Gewalt registriert.<sup>47</sup> Bei häuslicher Gewalt sind meist sowohl die gefährdenden als auch die gefährdeten Personen daran interessiert, die Gewalt zu verharmlosen oder zu vertuschen. Bei betroffenen Kindern besteht aufgrund ihrer Abhängigkeit von den Erziehungsberechtigten eine besondere Not. Zurzeit gibt es in Basel kein spezifisches Beratungsangebot für Kinder in diesem Bereich. Die Zielgruppe Kinder ist auch besonders schwer erreichbar. Insbesondere bei Kleinkindern im Vorschulalter ist es schwierig, die Gewaltbetroffenheit von aussen zu erkennen. Oft beginnt häusliche Gewalt bereits in der Schwangerschaft.

Rund jede vierte Person durchlebt im Verlauf ihres Lebens eine ernsthafte psychische Krise. Oft haben die Betroffenen eigene Kinder.<sup>48</sup> Kinder mit einem psychisch erkrankten Elternteil (Depression, Trauma, Sucht) sind in ihrem Aufwachsen benachteiligt und in ihrer Entwicklung gefährdet.

### **→ Empfehlungen**

*Die Sensibilisierung von Ärzt/innen und Lehrpersonen zur Prävention und Früherkennung von häuslicher Gewalt ist zu intensivieren. Ein spezifisches*

*Beratungsangebot für Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, ist zu prüfen. Eine niederschwellige Unterstützung für Kinder, welche mit einem psychisch erkrankten Elternteil aufwachsen, ist bereitzustellen.*

### **Förderung von Angeboten zur Traumatherapie**

Von den 65 Millionen Menschen, die 2015 weltweit auf der Flucht waren, stellten knapp 30'000 in der Schweiz ein Asylgesuch. Im Kanton Basel-Stadt leben aktuell rund 300 Asylsuchende.<sup>49</sup> Von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, dass in Basel zugängliche Angebote zur Verarbeitung von Traumata insbesondere für Kinder aus Flüchtlingsfamilien fehlen. Ein Ambulatorium für Folter- und Kriegsoffer gibt es in Basel nicht; die nächsten Ambulatorien befinden sich in Bern und Zürich, sie haben jeweils lange Wartezeiten.

#### **→ Empfehlung**

*Angebote für Flüchtlinge zur Traumatherapie sind bereitzustellen.*

## **5 Wohnen und Wohnumfeld**

Angemessener Wohnraum ist für die Befriedigung verschiedener Grundbedürfnisse zentral. Darunter fallen etwa die Privatsphäre und die Pflege sozialer Kontakte. Da die Ausgaben fürs Wohnen einen wichtigen Konsumposten bilden, können hohe Wohnkosten die Befriedigung anderer Bedürfnisse beeinträchtigen. Für die mit dem Wohnen verbundene Lebensqualität ist neben der Wohnung selbst auch das Wohnumfeld ausschlaggebend.<sup>50</sup>

Im Folgenden wird zunächst auf den Bereich des Wohnens und anschliessend auf den Bereich des Wohnumfeldes eingegangen.

### **5.1 Ausgangslage im Bereich Wohnen**

Die Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot liegt in der Stadt Basel eher im unteren Bereich (vgl. E). Angesichts des begrenzten Angebots ist es im Tiefpreissegment schwierig, eine Wohnung zu finden. Zudem stellt die Wohnungssuche für bestimmte Personengruppen wie etwa ältere Menschen eine besondere Herausforderung dar.

Die kantonale Wohnraumentwicklungsstrategie 2012–2016 ruht inhaltlich auf drei Pfeilern: Erstens wird gemeinnütziges Wohnraumangebot

spezifisch gefördert, zweitens werden benachteiligte Menschen gezielt unterstützt und drittens werden die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert. Beim Voltaplatz erstellt der Kanton Wohnungen für Personen mit Sozialhilfebezug und Zimmer für Studierende, welche voraussichtlich 2019 bezogen werden können. Zudem werden Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen mit Mietzinsbeiträgen unterstützt. Die kantonalen Fördermassnahmen sind im Wohnraumförderungsgesetz vom 5. Juni 2013 verankert,<sup>53</sup> ihre Wirksamkeit wird aktuell überprüft.

In Basel gibt es des Weiteren auch private Akteure, welche vergünstigten Wohnraum zur Verfügung stellen, Mietzinsgarantien übernehmen oder Wohnberatung und -begleitung anbieten. Das Netzwerk Wohnungsnot hat darüber hinaus eine Initiative lanciert, mit welcher das Recht auf Wohnen in der Kantonsverfassung verankert werden soll.

Im Bereich Wohnen im Alter wird mit der Aktualisierung der Informationsplattform des Vereins Zusammenarbeit Alterssiedlungen Basel-Stadt (ZABS) eine Lücke geschlossen; dies betrifft besonders die neu erstellte Übersicht zu den bestehenden Alterssiedlungen und Hilfestellungen im Prozess des Wohnortwechsels für ältere Menschen.

#### **E: Kennzahlen im Bereich Wohnen**

In der Bevölkerungsbefragung zeigen sich 2015 fast 35% der Befragten ganz oder eher unzufrieden mit dem Wohnungsangebot (siehe Abb. 12).<sup>51</sup> In der Familienbefragung geben 42% der Befragten an, dass sie bereits über einen Wohnortwechsel nachgedacht oder konkrete Umzugspläne haben (siehe Abb. 13). Der Zustand der Wohnung wird dabei am häufigsten bemängelt. Bei den über 55-Jährigen geben 23% an, dass sie mit der altersangepassten Gestaltung des Wohngebäudes eher oder sehr unzufrieden sind. Die IG Wohnen vermittelte zwischen 2011 und 2015 gut 650 Wohnungen, am meisten sind es in den Wohnvierteln Matthäus, St. Johann und Iselin.<sup>52</sup>



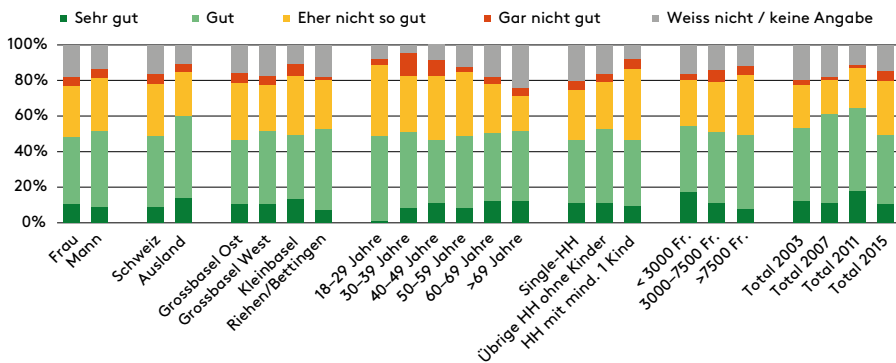


Abb. 12: «Wie zufrieden sind Sie mit dem Wohnungsangebot?» Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bevölkerungsbefragung 2015, S. 25.

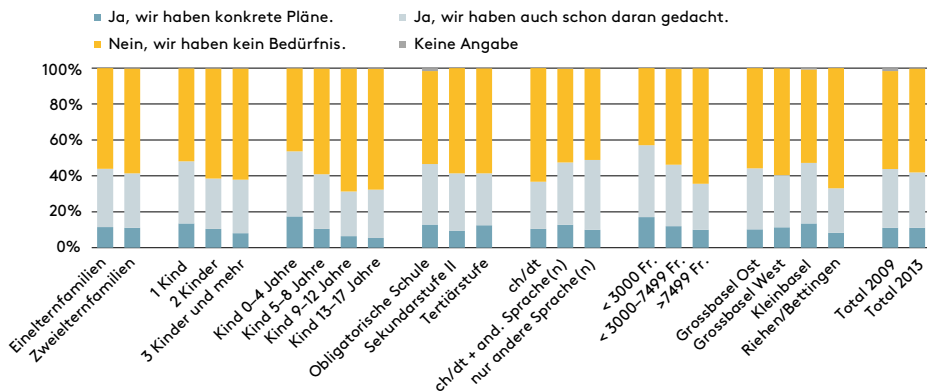


Abb. 13: «Haben Sie den Wunsch, in den nächsten zwei Jahren aus Ihrer Wohnung/Ihrem Haus auszuziehen?» Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 47.

## 5.2 Handlungsbedarf im Bereich Wohnen

### Günstiger Wohnraum

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt Basel erweist sich trotz den verstärkten Bemühungen verschiedener Akteure weiterhin als dringliches Problem.<sup>54</sup> Der Leerwohnungsstand ist mit 0,4%<sup>55</sup> nach wie vor tief, und insbesondere im Tiefpreissegment ist es schwierig, eine Wohnung zu finden. Speziell für Personengruppen wie Suchtmittelabhängige oder Flüchtlinge ist die Wohnungssuche äusserst schwierig. Auch für Studierende ist das Wohnangebot sehr knapp.<sup>56</sup> Ausserdem dürfte die Nachfrage nach altersgerechten Wohnungen weiter zunehmen und die Wohnungssuche für ältere Menschen schwieriger gestalten. Für ältere Menschen kommt erschwerend hinzu, dass die Mietzinsmaxima bei den Ergänzungsleistungen seit 2001 nicht mehr der Teuerung angepasst wurden.<sup>57</sup>

### → Empfehlungen

*Ausarbeitung einer Gesamtstrategie, welche neben dem mittleren und höheren Preissegment auch Massnahmen vorsieht, damit sozial benachteiligte Menschen Zugang zu günstigem Wohnraum erhalten und die soziale Durchmischung gewährleistet ist. Prüfen einer Anlaufstelle für Wohnfragen, welche auch Personen offensteht, die nicht mit sozialen Institutionen in Kontakt stehen und Vermittlungsstellen und Vermietern soziale oder finanzielle Garantien bieten, damit sozial Benachteiligte eine günstige Wohnung erhalten. Schaffen von Anreizen für Umnutzung und Zwischennutzung von leerstehenden Gewerberäumen für Wohnbedarf. Erarbeitung von Hilfestellungen für Liegenschaftsverwaltungen und Genossenschaften bei der Vermietung von günstigen Wohnungen. Förderung von Einzelhilfen in Form von Mietzinsbeiträgen und Mietzinsgarantien für sozial Benachteiligte.*

### Unterstützung bei der Wohnungssuche

Für Personen mit kleinem Budget stellt die Wohnungssuche in Basel oft eine Überforderung dar. Deshalb kommt der Wohnberatung und -begleitung für diese Personen durch spezialisierte Fachstellen eine hohe Bedeutung zu. Es braucht insbesondere auch Hilfestellungen für Personen, die sich im hohen Alter noch auf Wohnungssuche begeben müssen.

## → Empfehlung

*Förderung von niederschweligen Angeboten zu Wohnberatung und -begleitung insbesondere für ältere Menschen und sozial Benachteiligte.*

### 5.3 Ausgangslage im Bereich Wohnumfeld

Eine Mehrheit der in Basel lebenden Personen ist zufrieden mit ihrem Wohnumfeld (vgl. F). Herausforderungen bestehen in Nutzungskonflikten, welche etwa im Zusammenhang mit Lärm, Littering und Prostitution entstehen, sowie in der Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung ihres Wohnumfeldes.

Die Stadt Basel verfügt über ein dichtes Netz an Parks und Grünanlagen<sup>60</sup> sowie über ein hochwertiges Angebot an gut erreichbaren öffentlichen Kinderspielflächen.<sup>61</sup> Der Kanton verfolgt in verschiedenen Projekten die Aufwertung des öffentlichen Raums sowie die Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Stadt.<sup>62</sup>

Die drei Stadtteilsekretariate sorgen für die Vermittlung der Anliegen aus den Quartieren an die Verwaltung und für die Bearbeitung von Nutzungskonflikten im Wohnumfeld. Weiter laufen erste erfolgreiche Projekte der mobilen Quartierarbeit.

Die mobile Jugendarbeit nimmt eine wichtige Rolle ein als Vermittlerin der Anliegen von Jugendlichen, welche ihre Freizeit vermehrt im öffentlichen Raum verbringen. Die Gestaltung des Wohnumfelds wird vereinzelt unter Beteiligung von Kindern geplant und umgesetzt.

Die kantonale Stadtentwicklung legt zurzeit einen räumlichen Schwerpunkt auf das Gundeldinger Quartier. Aktuell arbeitet die Fachstelle Stadtteilentwicklung an einer Bestandsaufnahme in den Quartieren mit dem Ziel, spezifischen Handlungsbedarf für die Quartierentwicklung zu eruieren.

#### **F: Kennzahlen im Bereich Wohnumfeld**

Mit den Parks und Grünanlagen zeigen sich in der Bevölkerungsbefragung über 90% der Befragten sehr oder eher zufrieden. Bezüglich der Lärmsituation am Wohnort sind rund 80% und bezüglich Verkehrssicherheit gut 85% sehr oder eher zufrieden.<sup>58</sup> Kinderspielfläche sind für 89% der befragten Familien in weniger als zehn Minuten zu erreichen (siehe Abb. 14). Jedoch erscheint für 49% der Befragten ein unbeaufsichtigtes Spielen ihrer Kinder in der unmittelbaren Umgebung des Wohngebäudes nicht möglich (siehe Abb. 15).<sup>59</sup>

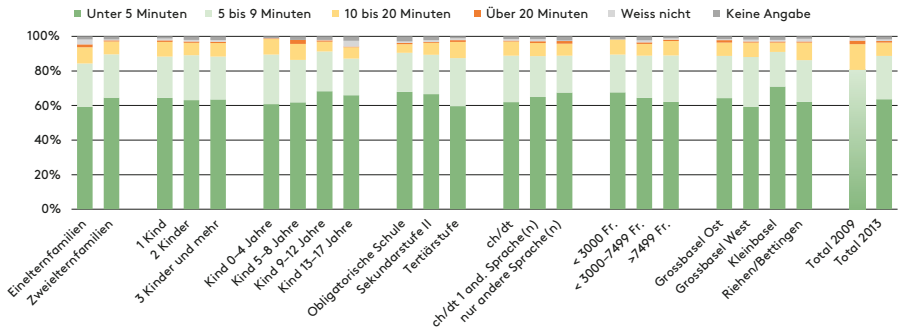


Abb. 14: «Wie lange brauchen Sie ungefähr, um zu Fuss einen Kinderspielplatz zu erreichen?»  
 Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 48.

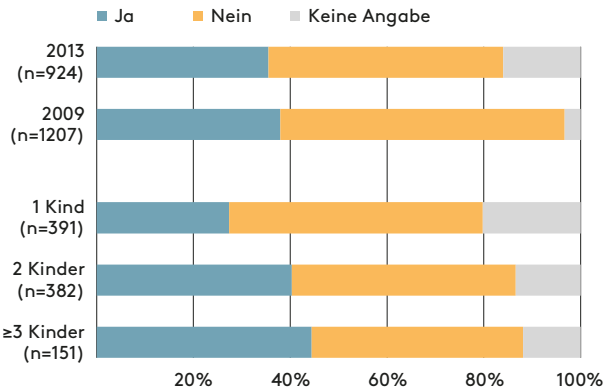


Abb. 15: «Können die Vorschulkinder unmittelbar beim Wohngebäude unbeaufsichtigt spielen?»  
 Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 51.

## 5.4 Handlungsbedarf im Bereich Wohnumfeld

### Vermittelnde Arbeit im öffentlichen Raum

Der verstärkte Nutzungsdruck im öffentlichen Raum führt zu verschiedenen Nutzungskonflikten, etwa im Zusammenhang mit Lärm, Littering und Prostitution.<sup>63</sup> Eine Herausforderung besteht auch darin, die verschiedenen Bedürfnisse von Wohnen, Gewerbe, Freizeit und Verkehr in einen Ausgleich zu bringen. Im Zusammenhang mit den aktuell laufenden Arealentwicklungen wird zunehmend befürchtet, dass die Veränderungen die bisherige Wohnsituation verschlechtern könnten.

#### → *Empfehlung*

*Die vermittelnde Arbeit im öffentlichen Raum ist zu intensivieren.*

### Stärkung kinder- und jugendfreundlicher Lebensräume

Das nahe Wohnumfeld ist ein Ort, an welchem Kinder und Jugendliche wichtige Sozialisationserfahrungen machen.<sup>64</sup> Allerdings werden die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen bis anhin noch zu wenig in die Gestaltung ihres Wohnumfeldes einbezogen.

Bei Nutzungskonflikten besteht die Gefahr, dass Jugendliche aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden, da sie zum Teil als Problemquelle wahrgenommen werden.<sup>65</sup> Entsprechend besteht ein Bedarf an gesellschaftlich anerkannten und überdachten Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche im öffentlichen Raum.

#### → *Empfehlungen*

*Die Sichtweisen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind bei der Gestaltung des Wohnumfelds zu berücksichtigen. Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche im öffentlichen Raum.*

### Punktuelle Handlungsbedarf in Bezug auf das Wohnumfeld in einzelnen Quartieren

Die Wohnzufriedenheit ist grundsätzlich hoch, in Kleinbasel ist sie aber etwas geringer als in den anderen Stadtteilen.<sup>66</sup> Auch die Zufriedenheit mit den Grünanlagen und der Lärmsituation am Wohnort ist in Kleinbasel

etwas geringer.<sup>67</sup> Im Zusammenhang mit den aktuellen Arealentwicklungen wird die Herausforderung unter anderem darin bestehen, die Neubaugebiete zu beleben und so ein qualitativ gutes Wohnumfeld zu ermöglichen.

### **Empfehlungen**

→ *Die laufenden Massnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds sind in allen Quartieren aufrechtzuerhalten. Zusätzlicher Unterstützungsbedarf zeigt sich in den Quartieren Kleinhüningen, Klybeck, Matthäus und Rosental.*

## **6 Soziale Beziehungen**

Soziale Beziehungen stellen ein wichtiges Element der Wohlfahrt dar. Die praktische und emotionale Unterstützung aus dem sozialen Umfeld kann eine wichtige Ressource bilden,<sup>68</sup> wobei dem primären sozialen Netz der Familie eine besondere Bedeutung zukommt.<sup>69</sup> Nebst der Einbindung in ein soziales Umfeld ist auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Bedeutung.<sup>70</sup>

Im Folgenden wird zunächst auf die soziale Teilhabe und Integration und anschliessend auf den Bereich der Familie eingegangen.

### **6.1 Ausgangslage in Bereich soziale Teilhabe und Integration**

Verschiedene Personengruppen sind relativ häufig sozial isoliert. Dies betrifft unter anderem Personen, welche nicht in den Arbeitsprozess integriert sind.

Kinder und Jugendliche müssen für ein gesundes Aufwachsen wichtige Sozialisationserfahrungen im nahen Wohnumfeld machen können, indem sie dort mit Gleichaltrigen spielen und sich bewegen. In der Stadt jedoch wird der Platz im öffentlichen Raum von unterschiedlichen Interessen stark beansprucht.<sup>71</sup>

Eine zentrale Problematik im Bereich der Integration besteht in der Diskriminierung unterschiedlicher Personengruppen. Eine weitere Herausforderung stellen Tendenzen von gesellschaftlicher Segregation dar, welche besonders deutlich über Unterschiede hinsichtlich Einkommen, Vermögen und Herkunft der Wohnbevölkerung in den verschiedenen Quartieren sichtbar werden (siehe exemplarisch Abb. 16, vgl. Kapitel 7). Die 15 über das ganze Stadtgebiet verteilten Quartiertreffpunkte sind

wichtige Akteure für die soziale Integration. Sie bieten Raum für Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten. Des Weiteren gibt es diverse Treffpunkte und soziokulturelle Aktivitäten kirchlicher und privater Akteure. Auch die Institutionen im Bereich Obdachlose leisten neben den Verpflegungsmöglichkeiten einen wichtigen Beitrag an die Ermöglichung sozialer Kontakte.

Die Fachstelle Diversität und Integration arbeitet mit Angeboten im Bereich Begegnung daran, der Segregation entgegenzuwirken, gegenseitiges Vertrauen zu schaffen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu steigern.

Mit elf Organisationen der offenen Kinder- und Jugendarbeit besteht in Basel ein grosses und flächendeckendes Angebot an Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche. Es gibt verschiedenste Aktivitäten in Quartier- und Jugendtreffpunkten, Ferienlager, Tagesferien und vieles mehr. Weiter besteht mit dem freiwilligen Schulsport des Erziehungsdepartements ein attraktives und für die Teilnehmenden kostenloses ausserschulisches Sportangebot ab dem Kindergartenalter.

Mehrere Stiftungen und Fonds können für finanziell benachteiligte Familien Beiträge an Musikunterricht und andere Freizeitaktivitäten leisten. Mit dem FamilienpassPlus profitieren einkommensschwache Familien von diversen Vergünstigungen im Freizeitbereich.

## 6.2 Handlungsbedarf im Bereich soziale Teilhabe und Integration

### Förderung von Treffpunkten

Die Quartiertreffpunkte sind wichtige Akteure im Hinblick auf soziale Integration durch Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen, Gemeinschaftsgefühl und Mitgestaltungsmöglichkeiten.<sup>75</sup> Weiter bestehen verschiedene Angebote, welche spezifisch auf die Stärkung der sozialen Teilhabe von benachteiligten Personen ausgerichtet sind.

#### G: Kennzahlen im Bereich soziale Teilhabe und Integration

In der Familienbefragung geben 90% der Befragten an, dass sie ein gutes Verhältnis zur Mehrheit der Nachbar/innen pflegen. Bei den über 55-Jährigen sind 80% sehr oder eher zufrieden mit den Sozialkontakten in ihrem Wohnumfeld.<sup>72</sup> Im Gesundheitsreport Basel-Stadt berichten 38% der befragten Personen von Einsamkeitsgefühlen (siehe Abb. 17).<sup>73</sup> Der Aussage, es gebe grundsätzlich zu viele Menschen aus dem Ausland im Kanton Basel-Stadt, stimmten 53% der Befragten zu.<sup>74</sup>

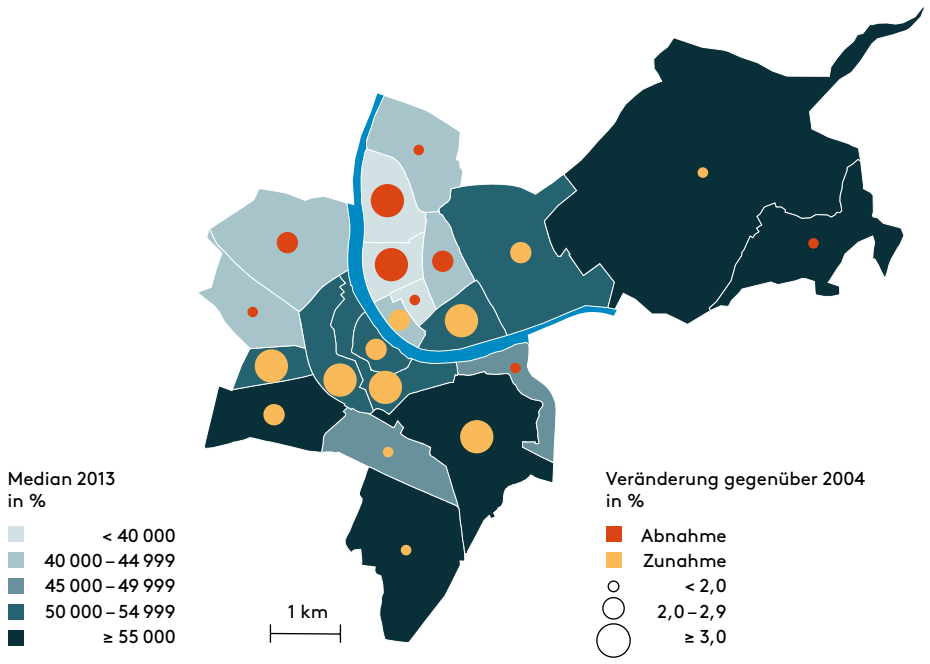


Abb. 16: Median des Reineinkommens pro Veranlagung. Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 9.

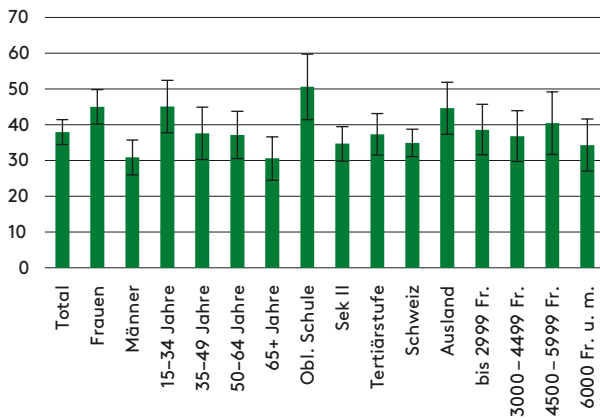


Abb. 17: Anteil Personen mit Einsamkeitsgefühlen in Prozent 2012. Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 29.



→ **Empfehlung**

*Um sozial isolierte Menschen zu erreichen und ihre soziale Teilhabe zu fördern, sind die verschiedenen Beratungs- und Begegnungsangebote in den Quartieren fortzuführen.*

**Soziale Teilhabe von älteren Erwerbslosen**

Für ältere Erwerbslose (55+), welche bis ins Rentenalter arbeitslos sind, besteht ein Risiko für sozioökonomischen Abstieg und soziale Isolation durch kompletten Vermögensverzehr nach der Aussteuerung.<sup>76</sup>

→ **Empfehlung**

*Für ältere Erwerbslose (55+) sind Beschäftigungsangebote und/oder ehrenamtliches Engagement zu fördern.*

**Einbindung von schlecht erreichbaren und sozial isolierten Personen durch aufsuchende Arbeit**

Von verschiedenen Seiten wurde auf die Gefahr der sozialen Isolation hingewiesen, welche insbesondere für Personen besteht, die nicht in den Arbeitsprozess integriert sind. Gerade auch bei älteren Menschen und Personen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus besteht das Risiko sozialer Isolation.<sup>77</sup> Diese Personengruppen werden häufig auch nicht von den bestehenden Quartiertreffpunkten erreicht.

→ **Empfehlung**

*Die aufsuchende Quartierarbeit ist zu intensivieren und die laufenden Pilotprojekte sind auf ihre Wirkung hin zu überprüfen (vgl. Kapitel 7).<sup>78</sup>*

**Teilhabe von Kindern und Jugendlichen**

Kinder und Jugendliche aus finanziell schwachen Familien haben eingeschränkte Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und Selbstentfaltung, etwa im Sport- oder Musikunterricht. Die subventionierten Freizeitangebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und des Kantons sind zwar einfach zugänglich und kostengünstig – jedoch besteht das Problem, dass nicht alle, die davon profitieren könnten, die Angebote auch nutzen. Ebenfalls

gibt es Hinweise darauf, dass die vorhandenen Möglichkeiten von finanziellen Einzelhilfen für kulturelle und soziale Teilhabe (z.B. Musikunterricht, Ferienlager) zu wenig genutzt werden. Zum Teil dürfte dies mit dem fehlenden Wissen über entsprechende Angebote respektive Fonds und Stiftungen zusammenhängen.

#### → **Empfehlungen**

*Förderung ausserschulischer Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, um die Niederschwelligkeit und das Erreichen einer möglichst breiten Zielgruppe zu garantieren.*

*Speziell sollen benachteiligte Quartiere in Kleinbasel berücksichtigt werden, ebenso Mädchenspezifische Angebote.*

*Förderung von Projekten zur Einbindung von unzulänglich erreichten Kindern und Jugendlichen, z.B. von Flüchtlingen und Kindern aus benachteiligten Familien.*

*Verbesserung des Zugangs zu finanziellen Einzelhilfen für benachteiligte Familien und Bekanntmachung der bestehenden Fonds und Stiftungen.*

#### **Ermöglichung von Begegnungen unterschiedlicher Personengruppen und Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung**

Diskriminierung ist nicht mit Chancengleichheit bzw. Integration vereinbar, da sie einen Ausdruck des Ausschlusses darstellt. Um eine so verstandene Integration zu fördern, braucht es daher unter anderem Massnahmen zum Abbau von Vorurteilen.<sup>79</sup>

Weiter wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, dass Massnahmen notwendig sind, um den Tendenzen gesellschaftlicher Segregation entgegenzuwirken. Diese werden besonders deutlich in den Unterschieden zwischen verschiedenen Quartieren sichtbar (vgl. Kapitel 7).<sup>80</sup> Entsprechend braucht es etwa niederschwellige Begegnungsangebote, die auch von fremdsprachigen und/oder schlecht integrierten Personen besucht werden.

#### → **Empfehlung**

*Angebote zur Begegnung unterschiedlicher Personengruppen sind zu intensivieren, um gegenseitiges Vertrauen zu schaffen, Vorurteile abzubauen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.*

### 6.3 Ausgangslage im Bereich Familien

Die bestehenden familienspezifischen Angebote werden mehrheitlich positiv beurteilt (vgl. H). Probleme bestehen unter anderem bei der Übersicht und dem Zugang zu den bestehenden Angeboten, bei akuten Notsituationen, welche eine finanzielle Überbrückung oder eine flexible Entlastung erfordern, sowie bei Kindern von Sans-Papiers-Familien.

In Basel besteht ein breites Unterstützungsangebot für Familien in Problemsituationen. Die familienbezogenen Quartiertreffpunkte offerieren die Möglichkeit eines niederschweligen Zugangs zu Informationen, Beratung und Triage durch eine spezialisierte Fachstelle. Die Elternberatung Basel bietet nicht nur an ihrem Hauptsitz, sondern auch in mehreren Quartiertreffpunkten Beratungen an.

Die Angebote an subventionierten Tagesstrukturen und Tagesheimen werden vom Kanton laufend ausgebaut. In den Schulferien bestehen über das Stadtgebiet verteilt subventionierte Tagesferienangebote.

Das Erziehungsdepartement unterstützt eine Vielzahl von Angeboten, welche Kinder im Vorschulalter fördern. Im Zentrum für Frühförderung finden unentgeltliche Abklärungen statt. In den Regelstrukturen (Schulen, Spitäler) stehen Fachleute mit einem grossen Teil der vulnerablen Familien in Kontakt. Im Bereich der Früherkennung bietet die Frauenklinik Unterstützung mittels psychosomatischer Beratung. Derzeit eruiert das Erziehungsdepartement in Kooperation mit den relevanten Institutionen des Gesundheitsbereichs, wie Frauen mit Depressionen in der Schwangerschaft noch besser begleitet werden können und das Thema «Elternsein und psychisch krank sein» umfassend angegangen werden kann.

#### H: Kennzahlen im Bereich Familien

In der Familienbefragung gaben 63% der Befragten an, dass sie mit den bestehenden familienspezifischen Beratungs- und Bildungsangeboten sehr oder eher zufrieden sind. Nur 4% sind mit dem Angebot unzufrieden (siehe Abb. 18). Auch mit den Informationen zu den Angeboten ist eine Mehrheit von 58% der Befragten sehr oder eher zufrieden. Mit der aktuellen Tagesbetreuungssituation sind gut 70% der Befragten sehr oder eher zufrieden (siehe Abb. 19).<sup>81</sup>

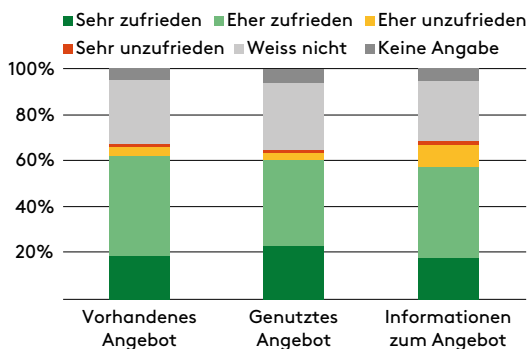


Abb. 18: «Wie zufrieden sind Sie mit dem familienspezifischen Beratungs- oder Bildungsangebot im Kanton Basel-Stadt?» Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2014). Schlussbericht Familienbefragung 2013, S. 45.

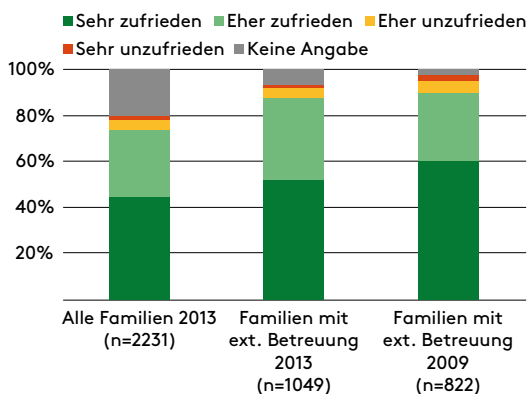


Abb. 19: «Wie zufrieden sind Sie mit der aktuellen Tagesbetreuungssituation Ihres Kindes/Ihrer Kinder?» Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2014). Schlussbericht Familienbefragung 2013, S. 37.

Armut, psychische Erkrankung eines Elternteils, geringe Bildung, Isolation und illegaler Aufenthaltsstatus können für sich genommen, jedoch speziell in Kombination zu einer hohen Vulnerabilität von Familien mit Kleinkindern führen. Häufig sind Familien von Mehrfachbelastungen betroffen, die sich gegenseitig verstärken. Diese Familien brauchen vermehrt Unterstützung, indem sie zur Nutzung weiterführender Angebote motiviert und befähigt werden. Damit wird zudem verhindert, dass sich Armut «vererbt». <sup>82</sup>

## 6.4 Handlungsbedarf im Bereich Familien

### **Schaffung einer Anlauf- und Informationsstelle für Eltern und Fachpersonen mit kombiniertem familienorientierten Sozialdienst**<sup>83</sup>

Für Familien ist es angesichts der grossen Vielfalt an unterschiedlichen Angeboten oft schwierig, das für sie geeignete Angebot zu finden. <sup>84</sup> Deshalb besteht Bedarf an einer zentralen Anlaufstelle, welche über Informationen zu den bestehenden Angeboten im Bereich Tagesbetreuung, Erziehung, Gesundheit, Schule etc. verfügt und für Ratsuchende einfach zugänglich ist. An diese Anlaufstelle könnte ein nichtstaatlicher familienorientierter «Sozialdienst» angegliedert werden, der neben Abklärungen und koordinativen Aufgaben auch finanzielle Überbrückungen in Notsituationen übernehmen kann.

#### **Empfehlung**

→ *Die Schaffung eines familienorientierten Sozialdienstes in Angliederung an eine bestehende zentrale Anlaufstelle für Familien ist zu prüfen.* <sup>85</sup>

### **Aufsuchende Arbeit zur Vermittlung von Informationen und Begleitung von Eltern**<sup>86</sup>

Manchmal brauchen Familien, welche sich bei dem bestehenden Angebot im Familienbereich nicht auskennen, konkrete Unterstützung und Begleitung im Alltag oder bei der Nutzung von Angeboten. Die Schwelle zu einer behördlichen Fachstelle ist für die Betroffenen oft hoch. Entsprechend besteht vonseiten der Eltern ein Bedarf nach Begleitung zu Angeboten und nach Unterstützung bei administrativen Alltagsangelegenheiten.

→ **Empfehlungen**

*Die aufsuchende Arbeit zur Vermittlung von Informationen und Begleitung von Eltern ist zu intensivieren.*

*Das Projekt «Brückenbauer/innen Gundeli», welches sich derzeit in der Aufbauphase befindet, verfolgt diesen Ansatz der aufsuchenden Arbeit. Geschulte interkulturelle Vermittlerinnen aus dem Quartier unterstützen Eltern, damit sie (ausser)schulische Angebote vermehrt nutzen und ihre Kinder besser in ihrer Bildungslaufbahn begleiten können.*

*Auch der Bekanntheitsgrad bestehender Tagesstrukturen und Tagesferienangebote kann damit verbessert werden.*

**Kostengünstige Familienhilfe**

**zur Entlastung von Familien in akuten Notsituationen<sup>87</sup>**

Familien mit fehlendem sozialen Netz und geringen finanziellen Möglichkeiten können rasch in eine Überforderungssituation geraten, beispielsweise bei Erkrankung eines Elternteils oder der Kinder. Die bestehenden Angebote im Bereich Familienentlastung, welche etwa vonseiten der Spitex bestehen, werden häufig als zu teuer und zu wenig flexibel beurteilt.

→ **Empfehlung**

*Kostengünstige Angebote zur Entlastung von Familien in Krisensituationen sind bereitzustellen.*

**Stärkung der Elternarbeit**

Obwohl es in Basel schon sehr viele Angebote zur Elternbildung und Elternzusammenarbeit gibt, wird bei der Elternbildung von verschiedenen Stellen Ausbaubedarf genannt. Unter anderem besteht Ausbaubedarf bei der Elternzusammenarbeit in Spielgruppen und bei der Elternbildungsarbeit in Kindertagesstätten.<sup>88</sup>

→ **Empfehlung**

*Eine Erweiterung von Angeboten zur Elternarbeit in Spielgruppen und Kindertagesstätten ist zu prüfen.*

## **Früherkennung und Behandlung von Risikofaktoren bereits während der Schwangerschaft**

Die Früherkennung von Risikofaktoren sollte bereits während der Schwangerschaft angegangen werden.<sup>89</sup> Die Gynäkolog/innen können die Schwangeren bei Verdacht auf einen Risikofaktor der psychosomatischen Beratung der Universitären Frauenklinik und anderen Beratungsstellen zuweisen.

### **→ Empfehlungen**

*Die Früherkennung von Risikofaktoren während der Schwangerschaft, wie beispielsweise psychosomatische Belastungen, soll verbessert werden. Dazu ist auch die Zusammenarbeit zwischen Gynäkolog/innen, Hebammen und den jeweiligen Fachstellen zu intensivieren. Frauen sind dadurch bereits vor der Entbindung in ein «Unterstützungsnetz» eingebunden.*

## **Ermöglichung des Zugangs zu sozialen Dienstleistungen für Sans-Papiers-Familien<sup>90</sup>**

Kinder von Sans-Papiers-Familien sind besonders verletzlich, da sie von den Sozialleistungen ausgeschlossen sind und höchstens über Kinderschutzmassnahmen Unterstützung erhalten können. Eine Meldung bei der Behörde kann bei Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung jedoch zu einer Ausweisung führen und stellt deshalb eine hohe Hürde dar. Die Wohnverhältnisse und die finanziellen Verhältnisse von Sans-Papiers-Familien sind oft prekär.

### **→ Empfehlung**

*Für Familien mit ungesichertem Aufenthaltsstatus sind Zugänge zu sozialen Dienstleistungen zu schaffen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.*

## **7 Themenübergreifender Handlungsbedarf**

Im Folgenden werden abschliessend einige themenübergreifende Handlungsansätze aufgezeigt. Auf die Wichtigkeit von einfach zugänglicher Beratung, welche die Ratsuchenden in den unterschiedlichsten Problemla-

gen unterstützen kann, wurde vielfach hingewiesen. Die bessere Nutzung und Koordination der vielfältigen und zahlreichen Angebote des «sozialen Basel» ist ebenfalls ein Anliegen, welches von unterschiedlichen Fachstellen genannt wurde.

Schliesslich sollte in Basel bei der Förderung von Angeboten mit bedacht werden, dass einige Quartiere im Vergleich zu anderen benachteiligt sind und daher in mehreren Aspekten besonders berücksichtigt werden sollten.

## **7.1 Lebenspraktische Beratung**

Die Handlungsfähigkeit einer Person bestimmt sich unter anderem durch die persönlichen Kompetenzen sowie die Möglichkeiten, diese Potenziale entsprechend umzusetzen.<sup>91</sup> Niederschwellige Beratungsangebote spielen in diesem Bereich eine wichtige Rolle, indem sie Hilfestellungen in der Lebensbewältigung bieten.

In Basel gibt es verschiedene spezialisierte Anlaufstellen, die entsprechende Hilfestellungen anbieten. Niederschwellige Unterstützung mit weiterführender Triage wird etwa in den Treffpunkten für sozial benachteiligte Personen sowie in den Quartiertreffpunkten und Jugendtreffpunkten geleistet. Bei den Beratungsangeboten für Migrant/innen nimmt die GGG eine zentrale Rolle ein. Zudem bestehen verschiedene Beratungsangebote für Asylsuchende und Sans-Papiers.<sup>92</sup>

### **Niederschwellige Sozialberatung für Armutsbetroffene**

Niederschwellige Beratungsangebote spielen für viele Armutsbetroffene eine wichtige Rolle bei der täglichen Bewältigung verschiedener Probleme. Den bestehenden Angeboten an einfach zugänglicher Sozialberatung kommt daher eine hohe Bedeutung zu. Niederschwellige Hilfsangebote können Armutsbetroffene im Vergleich zu staatlichen Stellen stärker anwaltschaftlich unterstützen<sup>93</sup> und bei Bedarf eine Triage an eine staatliche Stelle leisten. Im Idealfall kann so der Zugang zu staatlichen Unterstützungsleistungen erleichtert werden.

#### **→ Empfehlung**

*Die niederschwellige Sozialberatung im unmittelbaren Wohnumfeld der Betroffenen ist zu fördern.*



## **Beratung für Jugendliche**

Jugendliche haben zahlreiche Entwicklungsaufgaben zu bewältigen, etwa die Ablösung von den Eltern und den Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben. Nicht alle Jugendlichen sind darauf gleich gut vorbereitet, da ihnen unterschiedliche Ressourcen und Potenziale zur Verfügung stehen.<sup>94</sup> Die Akteure der offenen Jugendarbeit können Jugendliche in komplexen Problemlagen beraten und begleiten. Psychosoziale Unterstützung ist vor allem für Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Familien von Bedeutung.

### **→ Empfehlung**

*Einfach zugängliche Beratung für Jugendliche ist in den Jugendtreffpunkten zu intensivieren.*

## **Rechtsberatung für Asylsuchende, Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen**

Asylsuchende, Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen stellen eine besonders verletzbare Gruppe dar. Die geografische Distanz zum Herkunftsland verunmöglicht persönliche Begegnungen mit bisher vertrauten Personen. Gleichzeitig gilt es, sich am neuen Ort zurechtzufinden, sich sprachlich verständigen zu lernen, eine Wohnung zu finden und sich beruflich und sozial zu integrieren.<sup>95</sup> Dabei müssen auch verschiedene Formen der Diskriminierung überwunden werden (vgl. Kapitel 6.1). Für Personen aus dem Asylbereich braucht es daher kostengünstige und spezialisierte Rechtsberatung und Rechtsvertretung, damit sie ihre Grundrechte wahrnehmen können.

### **→ Empfehlung**

*Die Rechtsberatung und Rechtsvertretung für Personen aus dem Asylbereich ist sicherzustellen.*

## **Verbesserung prekärer Lebensverhältnisse von Sans-Papiers**

In Basel gibt es schätzungsweise 4000 Sans-Papiers.<sup>96</sup> Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus leben mitten unter uns. Manche haben ihre Aufenthaltserlaubnis vor Kurzem eingebüsst, andere leben seit Langem ohne geregelten

Aufenthaltsstatus. Sans-Papiers leben in unsicheren Verhältnissen: Sie können sich keinen eigenen Wohnraum mieten, sie haben Angst, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, sie können sich nicht rechtlich gegen Ausbeutung und Misshandlung wehren, ohne ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Eine Schwangerschaft wird für Frauen in dieser Lage zu einem kaum zu bewältigenden Problem. Sans-Papiers arbeiten meist da, wo Einheimische nicht arbeiten wollen. Sie reinigen Strassen, Wohnungen und Büros, arbeiten auf Baustellen, in der Landwirtschaft, im Gastgewerbe, in der Alters- und Kinderfürsorge und als Haushaltshilfen. Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus weisen oft aufgrund der Prekarität ihrer Lebensverhältnisse vielfache gesundheitliche Probleme auf. Zudem haben sie weitgehend keinen Zugang zum staatlichen System der materiellen Mindestsicherung.

→ **Empfehlung**

*Die Grundrechte von Sans-Papiers sind über einen verbesserten Zugang zu sozialen und medizinischen Leistungen zu gewährleisten.*

## **7.2 Nutzung der Angebote und Erreichung der Zielgruppen**

Die hier diskutierten Massnahmen können nur dann eine Wirkung entfalten, wenn sie auch in Anspruch genommen werden.<sup>97</sup> Von verschiedener Seite wurde festgehalten, dass längst nicht alle Personen, die von einem staatlichen oder nichtstaatlichen Angebot profitieren könnten, dieses auch kennen und nutzen.

Es gibt zudem Personengruppen, die – aus jeweils unterschiedlichen Gründen – zu den Regelstrukturen kaum Zugang finden respektive aus rechtlichen Gründen nur über einen eingeschränkten Zugang verfügen. Hier ist die Rede von den Bereichen Schul- und Berufsbildung, Arbeitsmarkt und Gesundheitssystem, wobei die am stärksten davon ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus (Sans-Papiers) sowie Menschen im Asylverfahren sind.

Auch bei niederschweligen und kostengünstigen Angeboten sollte die Einbindung von bisher nur unzulänglich erreichten Personen verbessert werden. Dazu zählen unter anderem Menschen mit tiefem sozioökonomischen Status, neu Zugezogene, Fremdsprachige, psychisch Kranke oder ältere, sozial isolierte Menschen.

Ein wichtiger Schritt für die verbesserte Übersicht über die Angebote des «sozialen Basel» wurde 2016 mit der neuen Website [www.sozialesbasel.ch](http://www.sozialesbasel.ch) bereits umgesetzt. Methoden der mobilen Quartierarbeit und der aufsuchenden sozialen Arbeit haben das Potenzial, die vielfältigen Angebote besser ins unmittelbare Lebensumfeld der Menschen zu bringen. Solche Ansätze können beispielsweise in bestehende Fachstellen und Quartierinstitutionen integriert werden.<sup>98</sup>

→ **Empfehlungen**

*Die mobile und aufsuchende Sozialberatung ist in den Quartieren zu intensivieren, um sozial isolierte Personen besser zu erreichen, die bestehenden Angebote bekannt zu machen und eine gute Triage an die jeweilige Fachstelle zu gewährleisten.*

### **7.3 Koordination und Zusammenarbeit**

Die Qualität der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Anbieter im sozialen Bereich hat einen wesentlichen Einfluss auf die Effizienz des Gesamtsystems und wirkt sich auch auf die Übersichtlichkeit der Angebotslandschaft aus. Wenn möglich sollten Doppelspurigkeiten vermieden und Synergien gesucht werden.<sup>99</sup>

Für verschiedene Bereiche wurde festgestellt, dass die Anbieter zum Teil schlecht vernetzt sind und es an entsprechender Koordination sowie an Vernetzungsplattformen fehlt.<sup>100</sup> Dies betrifft etwa den Bereich der Quartierarbeit sowie den Flüchtlings- und den Suchtbereich.

In der Sozialkonferenz wird diese Thematik bereits seit Längerem bearbeitet und es werden Lösungsansätze gesucht.

→ **Empfehlungen**

*Die Vernetzung und Abstimmung einzelner Angebote der verschiedenen Akteure ist zu verbessern. Die Schulung, Weiterbildung und der Erfahrungsaustausch des Beratungspersonals ist zu intensivieren.*

### **7.4 Besonderer Handlungsbedarf in Kleinbasler Quartieren**

Abschliessend soll auf die räumliche Verteilung der Probleme, welche in den verschiedenen Themenfeldern diskutiert wurden, eingegangen

werden. Diesbezüglich fällt auf, dass mehrere Kleinbasler Quartiere besonders benachteiligt sind.<sup>101</sup> So weisen die Quartiere Klybeck, Kleinhüningen, Rosental und Matthäus überdurchschnittlich hohe Anteile bei Arbeitslosen- und Sozialhilfezahlen und bei der Fremdsprachenquote auf, dagegen unterdurchschnittliche Anteile bei den zur Verfügung stehenden Wohnflächen und Grünflächen (vgl. Abb. 20–23).<sup>102</sup> Wie deutlich die Unterschiede zwischen den verschiedenen Wohnvierteln sind, zeigt ein Index, welcher die Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und Prämienverbilligungsquote sowie den Anteil deutschsprachiger Personen und den Median des Reineinkommens umfasst (siehe Abb. 5, 7, 16 und 24).

→ **Empfehlung**

*Die Quartiere Klybeck, Kleinhüningen, Rosental und Matthäus sind spezifisch zu fördern.*

**Erläuterung der Abbildungen 20–23**

18 Indikatoren aus den Bereichen «Gesellschaft und Soziales», «Raum und Umwelt» sowie «Wirtschaft und Arbeit» wurden nach Rang des Wohnviertels (inkl. Landgemeinden) abgebildet und die einzelnen Rangwerte miteinander verbunden. Das Wohnviertel mit dem tiefsten Wert liegt jeweils auf Rang 1 (Mittelpunkt), dasjenige mit dem höchsten Wert auf Rang 21 (äusserster Ring). So ergibt sich für jedes Wohnviertel eine charakteristische graue Fläche, welche den Vergleich der Wohnviertel auf einen Blick ermöglicht.

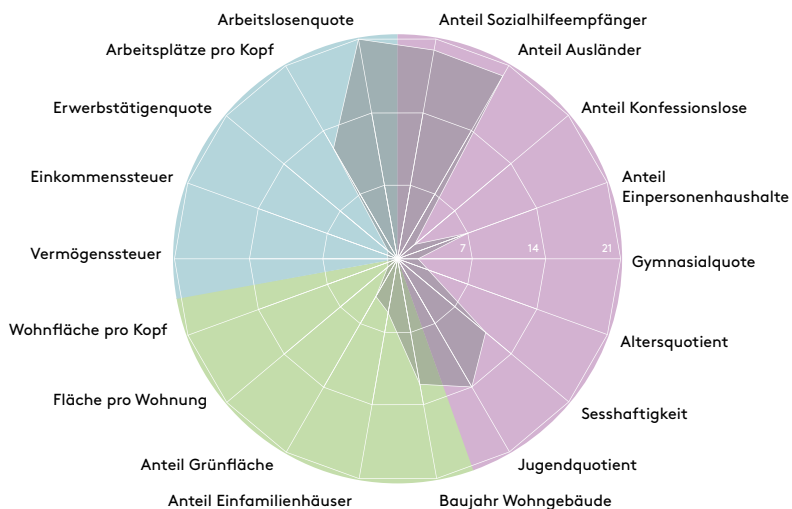


Abb. 20: Quarterradar Klybeck. Rangierung gemäss ausgewählter Indikatoren. Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 13.

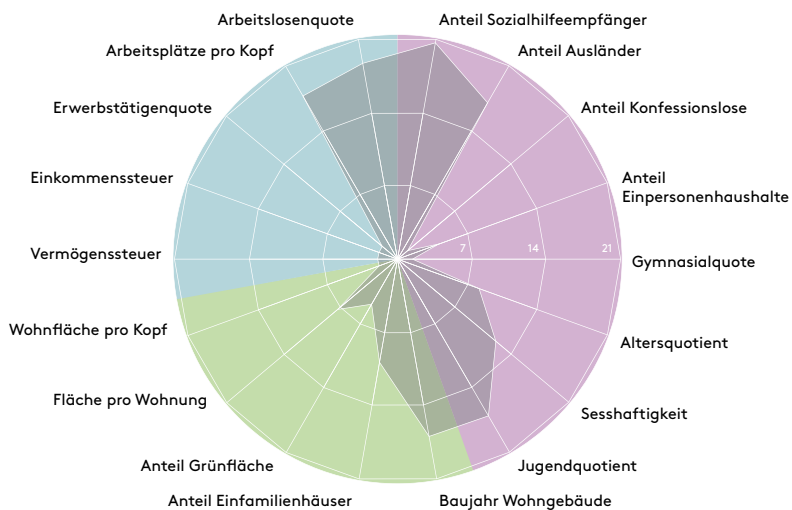


Abb. 21: Quarterradar Kleinhüningen. Rangierung gemäss ausgewählter Indikatoren. Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 13.

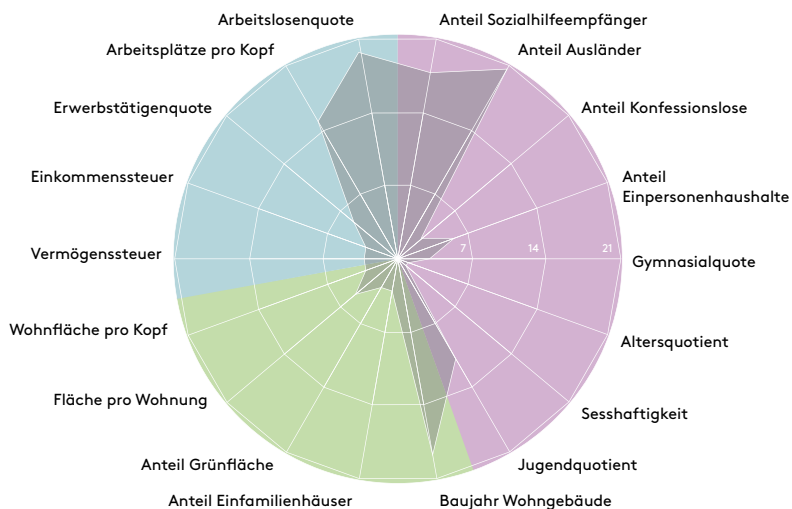


Abb. 22: Quartieradar Rosental. Rangierung gemäss ausgewählter Indikatoren. Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 13.

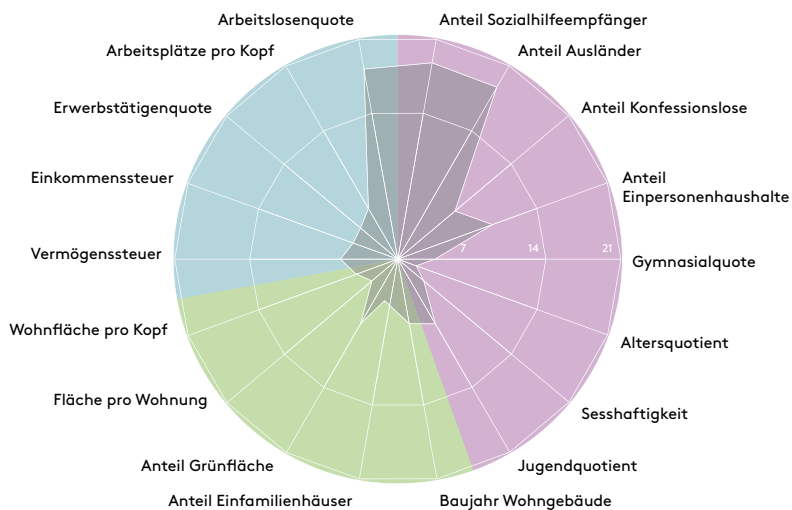


Abb. 23: Quartieradar Matthäus. Rangierung gemäss ausgewählter Indikatoren. Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 13.

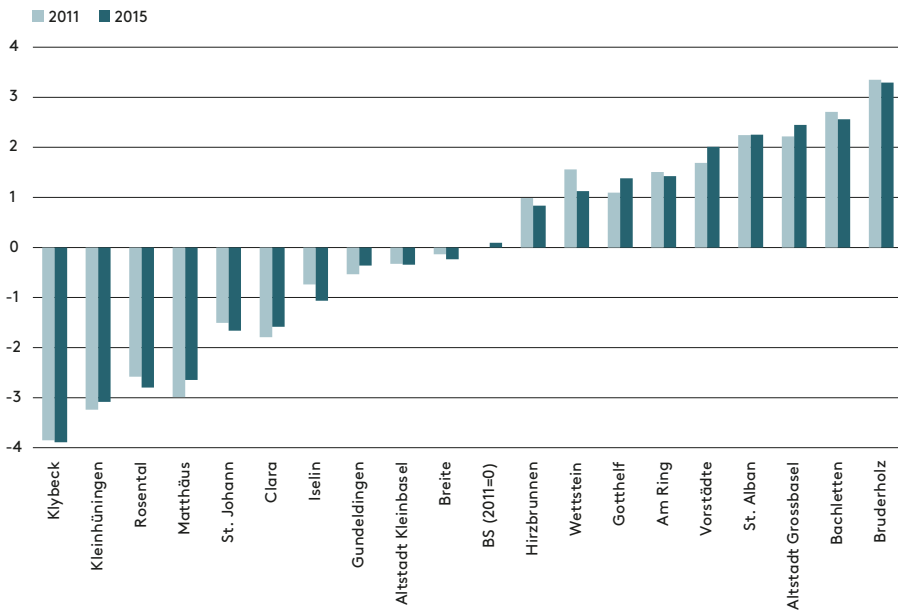


Abb. 24: Index der Wohnviertel, bestehend aus Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und Prämienverbilligungsquote, Anteil deutschsprachiger Personen und Median des Reineinkommens. Je tiefer die Werte für Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und Prämienverbilligungsquote, desto tiefer ist der Anteil deutschsprachiger Personen, und je höher der Median des Reineinkommens in einem Wohnviertel, desto höher fällt sein Indexwert aus. Der Indexwert ist für den Vergleich der Quartiere wichtig. Je grösser die Abweichung der Werte, desto grösser ist die Ungleichheit zwischen den einzelnen Wohnvierteln. Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 15.

## 8 Schlussfolgerungen

Das Versorgungsangebot in Basel wird von den Befragten grundsätzlich als gut bis sehr gut bezeichnet. Handlungsbedarf wird aber immer wieder in Bezug auf eine bessere Nutzung der vorhandenen Angebote des «sozialen Basel», die Einbindung von bisher schwer erreichten Personengruppen und die Abstimmung der Anbieter untereinander genannt.<sup>103</sup> Ziel muss es sein, Ratsuchende rasch umfassend zu informieren und zu unterstützen, damit sie nicht von Stelle zu Stelle weiterverwiesen werden. Die bestehenden Angebote zielen grösstenteils auf die Verbesserung der individuellen Lebensbedingungen ab. Weit schwieriger gestaltet sich eine Einflussnahme auf die strukturelle Ebene und das Umfeld. Dieser Ansatz sollte komplementär zum Förderansatz auf individueller Ebene verfolgt werden. Grosser Handlungsbedarf zeigt sich bei der Schaffung von günstigem Wohnraum (vgl. Kapitel 5), der Schaffung von Arbeitsplätzen (vgl. Kapitel 2), dem Abbau von rechtlichen Schranken im Hinblick auf den Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen aus dem Asylbereich (vgl. Kapitel 2) und dem Abbau von Vorurteilen und Massnahmen gegen Diskriminierung (vgl. Kapitel 6).

Die meisten nichtstaatlichen sozialen Institutionen finanzieren sich über Staatsbeiträge, Spenden von Privaten sowie Beiträge von Kirchen und Förderstiftungen. Viele der bestehenden Angebote wurden in den letzten Jahren auch von der CMS gefördert, einige von ihnen sogar durch die CMS lanciert. Die CMS wird sich in Zukunft vor allem auf besonders benachteiligte Menschen fokussieren: Dies sind Menschen am Existenzminimum (darunter auch viele ältere Personen), Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus (Sans-Papiers, Personen im Asylverfahren) und Kinder, Jugendliche und Familien in Krisensituationen mit spezifischen physischen und/oder psychischen Belastungen. Projekte im Förderschwerpunkt kinderfreundliche Lebensräume und sozialer Zusammenhalt richten sich an eine breitere Zielgruppe und nicht ausschliesslich an Benachteiligte.

Aus der Bedarfsanalyse ergeben sich folgende Bereiche mit besonders hoher Dringlichkeit, in denen neben dem Staat das Engagement der CMS gefragt ist: Minderung existenzieller Notlagen, Verbesserung des Wohnumfelds, Schaffung von günstigem Wohnraum, Stärkung von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie Stärkung der sozialen Netze und des sozialen Zusammenhalts und Integration von isolierten Personen. Auf dieser Grundlage basieren die neuen Förderschwerpunkte (siehe Kapitel 9).



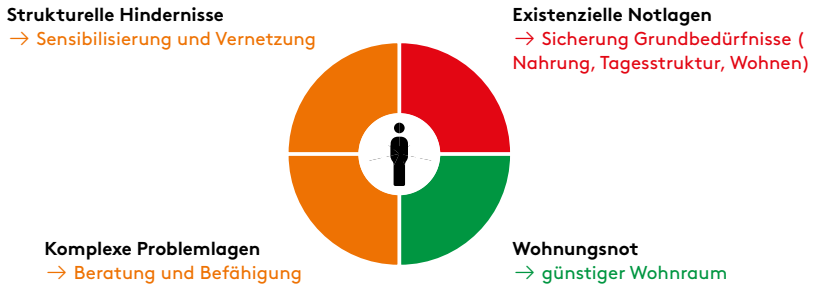
## 9 Förderschwerpunkte Soziales 2017 – 2020

Aufbauend auf den Ergebnissen der Bedarfsanalyse wurden die folgenden drei Förderschwerpunkte formuliert:

### Handlungsfeld 1: Prävention und Bekämpfung von Armut

Um die Not in der Stadt Basel nachhaltig zu lindern, setzt sich die CMS nicht nur für die unmittelbare Bekämpfung von Armut, sondern auch für deren Prävention ein.

In diesem Handlungsfeld sollen die Grundbedürfnisse benachteiligter Personen gesichert und günstiger Wohnraum geschaffen werden. Weiter fördert die CMS die Beratung und Befähigung von armutsbetroffenen und -gefährdeten Personen und setzt sich für Sensibilisierungs- und Vernetzungsarbeit im Bereich Armut ein.



#### Zielgruppen

- Obdachlose, Menschen am Existenzminimum
- Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus
- Menschen im Asylverfahren
- Liegenschaftsverwaltungen und andere Akteure

#### Finanzierung

- PG BG: Unterstützung von Benachteiligten total CHF 2'625'000
- P1: Verbesserung der Lebenssituation von Benachteiligten CHF 1'725'000
  - P2: Partnerschaften Benachteiligte CHF 700'000
  - P3: Dringliche soziale Interventionen CHF 200'000

(PG = Produktgruppe, P = Produkt, BG = Bürgergemeinde, EG = Einwohnergemeinde, F = Fokus)

## Handlungsfeld 2: Kinderfreundliche Lebensräume

Ein zentrales Anliegen der Chancengerechtigkeit muss sein, dass alle Kinder unter für sie günstigen Bedingungen aufwachsen können.

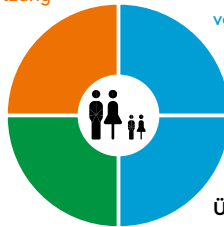
Entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention setzt sich die CMS in diesem Bereich für die Förderung, den Schutz und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein. Dabei sollen auch die räumlichen Bedingungen und – über Elternarbeit und Familienhilfen – die sozialen Bedingungen für Kinder und Jugendliche verbessert werden. Schliesslich soll in diesem Bereich auch Sensibilisierungs- und Vernetzungsarbeit geleistet werden.

### Strukturelle Hindernisse

→ Sensibilisierung und Vernetzung

### Chancengerechtigkeit

→ Förderung, Schutz und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen



Erhöhte Mobilität,  
Eingrenzung Bewegungsräume

→ kindergerechtes Umfeld

Überforderung, Notsituationen von Eltern

→ Elternarbeit, Familienhilfen

### Zielgruppen

- Kinder, Jugendliche
- Familien, Einelternfamilien, Patchworkfamilien
- Akteure in Bau und Planung

### Finanzierung

- PG BG: Dialog und Zusammenleben
- P1: Partnerschaften Prävention CHF 1'825'000

(PG = Produktgruppe, P = Produkt, BG = Bürgergemeinde, EG = Einwohnergemeinde, F = Fokus)

### Handlungsfeld 3: Sozialer Zusammenhalt

Der soziale Zusammenhalt ist wichtig für das Wohl der Menschen und für ein Zusammenleben in friedlicher Koexistenz.

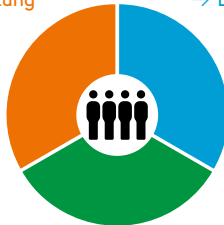
In diesem Handlungsfeld soll die soziale Teilhabe von isolierten Personen und die Begegnung von unterschiedlichen Gruppen gefördert werden. Weiter engagiert sich die CMS für vermittelnde Arbeit bei verschiedenen Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum. Schliesslich fördert die CMS die Vernetzung unterschiedlicher Akteure und setzt sich für Sensibilisierungsarbeit ein, um Vorurteile und Differenzen abzubauen.

**Strukturelle Hindernisse**

→ Sensibilisierung und Vernetzung

**Isolation, Segregation und Diskriminierung**

→ Begegnung und soziale Teilhabe



**Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum**

→ vermittelnde Arbeit

#### Zielgruppen

- isolierte Personen
- Quartierbevölkerung
- Akteure im öffentlichen Raum

#### Finanzierung

- EG: Sozialer Zusammenhalt total CHF 700'000
- F1: Verbesserung Wohnumfeld CHF 550'000
  - F2: Sensibilisierung CHF 150'000

Für die Umsetzung ihres Stiftungszwecks im Bereich Soziales stellt die CMS jährlich rund 5 Mio. Franken an Fördermitteln zur Verfügung. Um die Mittel wirkungsvoll einzusetzen, orientiert sie sich an folgenden Grundsätzen:

- Längerfristige Unterstützung von Angeboten, die Betroffenen direkt zugutekommen.
- Unterstützung und Befristung von Pilotprojekten.
- Initiierung von Projekten in enger Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Kooperationspartnern.
- Förderung ergänzend zum Staat in Themenfeldern mit dringendem Handlungsbedarf.
- Überprüfung bestehender Engagements hinsichtlich Bedarf und Kernauftrag.
- Förderung von Erfahrungslernen durch Wissensaustausch zwischen Forschung und Praxis.
- Erzielen von Wirkung auf struktureller Ebene durch Sensibilisierungsmassnahmen.

Angebote, welche sich an Menschen in existenziellen Notlagen richten, das Wohnumfeld verbessern, sich für förderliche soziale und räumliche Bedingungen und für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen einsetzen, wird die CMS weiterhin gemeinsam mit dem Staat unterstützen. Noch stärker wird sich die CMS künftig bei Projekten engagieren, die das «Erfahrungslernen» fördern: Sie wird Pilotprojekte von Beginn weg gemeinsam mit Kooperationspartnern lancieren, sei es in Zusammenarbeit mit der Verwaltung oder mit anderen Stiftungen. Ziel solcher Vorhaben ist es, vorhandenes Wissen und Erfahrungen zu identifizieren, zu bündeln und weiterzuverbreiten. Ausserdem soll über Expertisen und die Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen der Transfer von Erkenntnissen aus der Forschung in die Praxis gewährleistet sein. Neu engagiert sich die CMS im Bereich der Förderung von günstigem Wohnraum, in der Stärkung des sozialen Zusammenhalts und beim Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung.

Die CMS wird in den nächsten Monaten auf der Grundlage dieser Analyse eine Priorisierung ihrer Engagements vornehmen und die Trägerschaften darin unterstützen, ihre Angebote zu verbessern und sich mit weiteren Anbietern zu vernetzen.

## Endnoten

- 1 Dittmann, Müller-Hermann, Knöpfel (2016). Arbeitsmarkt und Armut in Basel-Stadt; Conzelmann (2016). Kinder von 0–4 Jahren; Mateos (2015). Arme Kinder in Basel-Stadt?; Kohn, Pfluger (2015). Gesunde Ernährung und Bewegung; Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt; Stade (2009). Grundversorgung randständiger und obdachloser Menschen in Basel.
- 2 Vgl. Alber, Lenarz (2008). Wachsende soziale Ungleichheit in Europa.
- 3 Vgl. Bundesamt für Statistik (2016). Indikatorensystem Wohlfahrtsmessung, S. 4/30.
- 4 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 34, 36.
- 5 Ebd., S. 31.
- 6 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 196.
- 7 Matéos (2015). Arme Kinder in Basel-Stadt?, S. 19–21.
- 8 Schwarzer Peter (2016). Peter, 37. URL: <http://www.schwarzerpeter.ch/db/1/296.pdf> [Zugriffsdatum: 07.12.2016].
- 9 Bundesamt für Statistik (2015). Sozialbericht, S. 102; Bundesamt für Statistik (2009). Sozialhilfe- und Armutsstatistik, S. 16.
- 10 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 225.
- 11 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2015). Sozialberichterstattung 2014, S. 8.
- 12 Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 23; vgl. Bundesamt für Statistik (2016). Indikatorensystem Wohlfahrtsmessung, S. 9/30.
- 13 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 133.
- 14 Vgl. Dittmann, Müller-Hermann, Knöpfel (2016). Arbeitsmarkt und Armut in Basel-Stadt.
- 15 Dittmann, Müller-Hermann, Knöpfel (2016). Arbeitsmarkt, Prekarisierung und Armut in Basel-Stadt, S. 40.
- 16 B, S, S (2015). Sans-Papiers in der Schweiz 2015, S. 49–50.
- 17 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 17.
- 18 Dittmann, Müller-Hermann, Knöpfel (2016). Arbeitsmarkt, Prekarisierung und Armut in Basel-Stadt, S. 42.
- 19 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt; Dittmann, Müller-Hermann, Knöpfel (2016). Arbeitsmarkt und Armut in Basel-Stadt, S. 21.
- 20 Vgl. Dittmann, Müller-Hermann, Knöpfel (2016). Arbeitsmarkt und Armut in Basel-Stadt, S. 17–18, 21.
- 21 Ebd., S. 14–15.
- 22 Ebd., S. 16–20.
- 23 Vgl. B, S, S (2015). Sans-Papiers in der Schweiz 2015.
- 24 Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 80.
- 25 Bundesamt für Statistik (2016). Indikatorensystem Wohlfahrtsmessung, S. 12/30.
- 26 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 21–22.
- 27 Vgl. Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt (2016). Über das Departement. URL: <http://ed.bs.ch/ueber-das-departement.html> [Zugriffsdatum: 22.11.2016].
- 28 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 214.
- 29 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016), S. 21.

- 30 Vgl. Staatssekretariat für Migration. Anpassung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE). Umsetzung der Motion Barthassat (08.3616) «Jugendlichen ohne gesetzlichen Status eine Berufslehre ermöglichen». URL: [https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/aktuell/gesetzgebung/archiv/anpass\\_vzae\\_sans-papiers.html](https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/aktuell/gesetzgebung/archiv/anpass_vzae_sans-papiers.html) [Zugriffsdatum: 07.12.2016].
- 31 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 202–203.
- 32 Department für Wirtschaft, Soziales und Umwelt des Kantons Basel-Stadt, Sozialhilfe (2016). Asyl in Kürze. URL: <http://www.sozialhilfe.bs.ch/asyl/in-kuerze.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 33 Bundesamt für Statistik (2016). Indikatoren-system Wohlfahrtsmessung, S. 15/30.
- 34 Ebd., S. 24/30.
- 35 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 24–25.
- 36 Ebd., S. 29.
- 37 Bundesamt für Gesundheit (2016). Gesundheitspolitik. URL: <http://www.bag.admin.ch/themen/gesundheitspolitik/index.html?lang=de> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 38 Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Bereich Gesundheitsversorgung (2016). Über uns. URL: <http://www.gesundheitsversorgung.bs.ch/ueber-uns.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 39 Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Medizinische Dienste (2016). Basel 55+. URL: <http://www.medizinischedienste.bs.ch/ueber-uns/projekte/basel-55plus.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 40 Vgl. Schwarzer Peter (2016). Peter, 37. URL: <http://www.schwarzerpeter.ch/db/1/296.pdf> [Zugriffsdatum: 07.12.2016].
- 41 B, S, S (2015). Sans-Papiers in der Schweiz 2015, S. 22; vgl. Longchamp, Aebersold, Rousselot, Ratelband-Pally (2005). Sans Papiers in der Schweiz, S. 3.
- 42 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 250–251.
- 43 Stade (2009). Grundversorgung randständiger und obdachloser Menschen in Basel, S. 37.
- 44 Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 264.
- 45 Bundesamt für Statistik (2014). Armut im Alter, S. 36.
- 46 Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Bereich Gesundheitsversorgung (2016). Demenz. URL: <http://gesundheitsversorgung.bs.ch/gesundheitsfachpersonen/langzeitpflege/demenz.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 47 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 38.
- 48 Kinderschutz Schweiz (2016). Kinder psychisch belasteter Eltern. URL: <https://www.kinderschutz.ch/de/kinder-psychisch-belasteter-eltern.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 49 UNHCR (2016). Global Trends. Forced Displacement in 2015. URL: <http://www.unhcr.ch/service/zahlen-und-statistiken.html> [Zugriffsdatum: 21.12.2016]; Staatssekretariat für Migration (2016). Asylstatistik 2015. Bern. URL: <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/publiservice/statistik/asylstatistik/2015/stat-jahr-2015-kommentar-d.pdf> [Zugriffsdatum: 21.12.2016]; Department für Wirtschaft, Soziales und Umwelt des Kantons Basel-Stadt, Sozialhilfe (2016). Asyl in Kürze. URL: <http://www.sozialhilfe.bs.ch/asyl/in-kuerze.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 50 Bundesamt für Statistik (2016). Indikatoren-system Wohlfahrtsmessung, S. 7/30–8/30; Dubach, Stutz, Calderón, (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 124, 127.
- 51 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bevölkerungsbefragung 2015, S. 25.
- 52 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 47–50.

- 53 Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt, Kantons- und Stadtentwicklung (2016). Strategie und Gesetz. URL: <http://www.entwicklung.bs.ch/wohnraum/strategie/strategie-gesetz.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 54 Vgl. Matéos (2015). Arme Kinder in Basel-Stadt?, S. 15.
- 55 Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt, Kantons- und Stadtentwicklung, Fachstelle Wohnraumentwicklung (2016). Überblick. URL: <http://www.entwicklung.bs.ch/wohnraum/ueberblick.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 56 Vgl. Interpellation Nr. 95 von Sarah Wyss betreffend «Wohnknappheit bei Studierenden». URL: <http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100384/000000384277.pdf> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 57 Bundesamt für Sozialversicherungen (2014). Höhere anrechenbare Mietzins in den Ergänzungsleistungen. URL: <http://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-55695.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 58 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bevölkerungsbefragung 2015, S. 21, 37, 51.
- 59 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 48–51.
- 60 Bau und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Stadtgärtnerei (2016). Pärke und Grünanlagen. URL: <http://www.stadtgaertneri.bs.ch/stadtgruen/paerke-gruenanlagen.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 61 Bau und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Stadtgärtnerei (2016). Vielfältig und sicher spielen. URL: <http://www.stadtgaertneri.bs.ch/stadtgruen/freizeit-spiel-bewegung/sicher-spielen.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 62 Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt (2016). Gestaltung Innenstadt. URL: <http://www.bvd.bs.ch/dossiers-projekte/gestaltung-innenstadt.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 63 Vgl. Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt (2012). Der öffentliche Raum gehört allen – Konzept zur Steigerung der Lebensqualität und der Sicherheit im öffentlichen Raum. URL: <http://www.entwicklung.bs.ch/grundlagen/lebensqualitaet/oeffentlicher-raum/konzept-oeffentlicher-raum.html> [Zugriffsdatum: 23.11.2016].
- 64 Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Jugend, Familie und Sport (2016). Fachstelle offene Kinder- und Jugendarbeit. URL: <http://www.jfs.bs.ch/ueber-uns/aufgaben-organisation/jugend-und-familienangebote/fachstelle-offene-kinder-und-jugendarbeit.html> [Zugriffsdatum: 15.12.2016].
- 65 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 237–238.
- 66 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bevölkerungsbefragung 2015, S. 2–3; vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 126.
- 67 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bevölkerungsbefragung 2015, S. 21, 37.
- 68 Bundesamt für Statistik (2016). Indikatoren-system Wohlfahrtsmessung, S. 18/30; vgl. Dubach, Stutz, Calderón, (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 22–23.
- 69 Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 111.
- 70 Bundesamt für Statistik (2016). Indikatoren-system Wohlfahrtsmessung, S. 18/30; vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 22–23.
- 71 Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Jugend, Familie und Sport (2016). Fachstelle offene Kinder- und Jugendarbeit. URL: <http://www.jfs.bs.ch/ueber-uns/aufgaben-organisation/jugend-und-familienangebote/fachstelle-offene-kinder-und-jugendarbeit.html> [Zugriffsdatum: 14.12.2016].
- 72 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 39–42.
- 73 Ebd., S. 29.

- 74 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Indikatorenbericht Gesellschaftlicher Zusammenhalt, S. 11.
- 75 Vgl. Matéos (2015). Arme Kinder in Basel-Stadt?, S. 16, 21.
- 76 Vgl. Dittmann, Müller-Hermann, Knöpfel (2016). Arbeitsmarkt und Armut in Basel-Stadt, S. 17–18.
- 77 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 121–122.
- 78 Vgl. ebd., S. 255–256.
- 79 Wichmann, D'Amato (2010). Migration und Integration in Basel-Stadt, S. 69–72.
- 80 Vgl. ebd., S. 161–162.
- 81 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2014). Schlussbericht Familienbefragung 2013, S. 37, 44.
- 82 Conzelmann (2016). Kinder von 0–4 Jahren, S. 4.
- 83 Ebd., S. 5.
- 84 Matéos (2015). Arme Kinder in Basel-Stadt?, S. 16.
- 85 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 234–236.
- 86 Conzelmann (2016). Kinder von 0–4 Jahren, S. 6–7; Kohn, Pfluger (2015). Gesunde Ernährung und Bewegung für armutsbetroffene Kinder, S. 21.
- 87 Conzelmann (2016). Kinder von 0–4 Jahren, S. 6; vgl. Matéos (2015). Arme Kinder in Basel-Stadt?, S. 22.
- 88 Conzelmann (2016). Kinder von 0–4 Jahren, S. 8; vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 235–236.
- 89 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 209–210.
- 90 Conzelmann (2016). Kinder von 0–4 Jahren, S. 7, 17.
- 91 Vgl. Bundesamt für Statistik (2016). Indikatorensystem Wohlfahrtsmessung, S. 12/30; Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 222.
- 92 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 223, 247–248.
- 93 Vgl. ebd., S. 225.
- 94 Vgl. Deutsches Jugendinstitut (2016). Übergänge im Jugendalter. URL: <http://www.dji.de/ueber-uns/organisationseinheiten/uebergaenge-im-jugendalter.html> [Zugriffsdatum: 21.12.2016].
- 95 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 150.
- 96 B, S, S (2015). Sans-Papiers in der Schweiz 2015, S. 22.; vgl. Longchamp, Aebersold, Rousselot, Ratelband-Pally (2005). Sans Papiers in der Schweiz, S. 3.
- 97 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 251.
- 98 Vgl. ebd., S. 255–256; Matéos (2015). Arme Kinder in Basel-Stadt?, S. 16.
- 99 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 256–262.
- 100 Vgl. Dittmann, Müller-Hermann, Knöpfel (2016). Arbeitsmarkt und Armut in Basel Stadt, S. 20
- 101 Vgl. Dubach, Stutz, Calderón (2010). Armutsbericht Basel-Stadt, S. 125–126.
- 102 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). Bedarfsanalyse CMS, S. 7, 17, 31. Vgl. Dittmann, Müller-Hermann, Knöpfel (2016). Arbeitsmarkt und Armut in Basel Stadt, S. 20; Kohn, Pfluger (2015). Gesunde Ernährung und Bewegung für armutsbetroffene Kinder, S. 21; Matéos (2015). Arme Kinder in Basel-Stadt?, S. 16, 21; Dubach, Stutz, Calderón (2010) Armutsbericht Basel-Stadt.



## Statistiken, Studien, Literatur

Alber, Jens, Philipp Lenarz (2008). **Wachsende soziale Ungleichheit in Europa**. Die Lebensqualität unterer Einkommensschichten in der erweiterten Europäischen Union. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, 39, S. 1–5.

B, S, S. Volkswirtschaftliche Beratung (2015). **Sans-Papiers in der Schweiz 2015**. Schlussbericht zuhanden des Staatssekretariats für Migration (SEM).

Bundesamt für Statistik (2016). **Indikatoren-system Wohlfahrtsmessung**. Schaffung, Verteilung und Erhalt der Wohlfahrt.

Bundesamt für Statistik (2015). **Statistischer Sozialbericht Schweiz 2015**.

Bundesamt für Statistik (2014). **Armut im Alter**.

Bundesamt für Statistik (2009). **Sozialhilfe- und Armutsstatistik im Vergleich**.

Conzelmann, Cornelia (2016). **Kinder von 0–4 Jahren («Frühbereich») in Basel**.

Dittmann, Jörg, Silke Müller-Hermann, Carlo Knöpfel (2016). **Arbeitsmarkt und Armut in Basel-Stadt**. Trends, Herausforderungen und Handlungsansätze. (Kurzfassung des folgenden Titels)

Dittmann, Jörg, Silke Müller-Hermann, Carlo Knöpfel (2016). **Arbeitsmarkt, Prekarisierung und Armut in Basel-Stadt**. Entwicklungen und Herausforderungen. Bern, Edition Soziothek.

Dubach, Philipp, Heidi Stutz, Ruth Calderón (2010). **Armutsbericht Basel-Stadt**. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen. Basel, Christoph Merian Verlag.

Kohn, Johanna, Thomas Pfluger (2015). **Gesunde Ernährung und Bewegung für armutsbetroffene Kinder**. Erkenntnisse und Kriterien für eine gute Praxis.

Longchamp, Claude, Monia Aebersold, Bianca Rousselot, Silvia Ratelband-Pally (2005). **Sans Papiers in der Schweiz**. Arbeitsmarkt, nicht Asylpolitik ist entscheidend. Bern, GFS.

Matéos, Ines (2015). **Arme Kinder in Basel-Stadt?**

Stade, Anette (2009). **Bestandsaufnahme und Bestandserhebung Grundversorgung randständiger und obdachloser Menschen in Basel**.

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). **Bedarfsanalyse CMS**, Grundlagenbericht.

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2016). **Indikatorenbericht Gesellschaftlicher Zusammenhalt**.

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2015). **Sozialberichterstattung des Kantons Basel-Stadt 2014**, Kennzahlenbericht.

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2014). **Schlussbericht Familienbefragung 2013**.

Wichmann, Nicole, Gianni D'Amato (2010). **Migration und Integration in Basel-Stadt**. Ein «Pionierkanton» unter der Lupe. Neuchâtel, Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien.

**Christoph Merian Stiftung**  
**St. Alban-Vorstadt 5**  
**Postfach**  
**CH-4002 Basel**  
**T +41 61 226 33 33**  
**[www.cms-basel.ch](http://www.cms-basel.ch)**

